

16. Wahlperiode

Vorlage – zur Kenntnisnahme –

Masterplan zur Umsetzung des
Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms 2008 - 2011

Der Senat von Berlin
WiTechFrau - GPR L -
9013(913) - 8900

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

V o r l a g e

- zur Kenntnisnahme -
des Senats von Berlin

über den **Masterplan** zur Umsetzung des **Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms 2008 – 2011**

Der Senat legt nachstehende Vorlage dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor.

Der Senat von Berlin hat mit dem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm „Gleichstellung weiter denken – Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ (Drs.-Nr. 16/1426) Inhalte und Ziele der Gleichstellungspolitik in Berlin festgeschrieben. Mit dem Masterplan werden die formulierten Zielsetzungen für den Bereich der Senatsverwaltungen mit konkreten Maßnahmen bzw. Aktivitäten untersetzt.

Der Masterplan ist als Anlage beigefügt.

A. Kostenauswirkung auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen:

Keine.

B. Auswirkungen auf den Haushalt und die Finanzplanung:

a) Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

aa) Einnahmen: Keine.

ab) Ausgaben : Die genannten Maßnahmen werden im Rahmen der in den jeweiligen Einzelplänen verfügbaren Mittel finanziert. Zusätzliche Ausgaben gegenüber dem Entwurf des Haushaltsplans 2010/2011 und der Finanzplanung 2009-2013 entstehen nicht.

b) Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine.

C. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:

Keine.

Berlin, den 28. Juli 2009

Der Senat von Berlin

Harald W o l f

.....
Bürgermeister zugleich
Senator für Wirtschaft,
Technologie und Frauen

MASTERPLAN
zum
Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm
2008 – 2011

Vorbemerkung

Mit der Verabschiedung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms (GPR) hat der Senat 2008 eine strategische und inhaltliche Neuorientierung seiner Gleichstellungspolitik vorgenommen. In dem Wissen, dass es für zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen keine nachhaltigen Lösungen geben kann, wenn nicht die Gleichstellung von Männern und Frauen mit in den Blick genommen wird, wurden in einer strategischen Neuausrichtung die wichtigsten politischen Aufgaben dieser Legislaturperiode mit der Gleichstellungspolitik verbunden. Die inhaltliche Neuorientierung besteht darin, emanzipatorische Ansätze für beide Geschlechter systematisch zu entwickeln, weil nur durch die Schaffung entsprechender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für eine freie und individuelle Entfaltung von Männern und Frauen jenseits starrer und einengender Rollenmuster der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geebnet werden kann.

In einem ersten Schritt wurden für die fünf wesentlichen Politikfelder: Bildungspolitik, existenzsichernde Beschäftigung, demografischer Wandel, soziale Gerechtigkeit und Integration politische Handlungsfelder und Zielsetzungen formuliert. Im Rahmen der Umsetzung des Programms werden die Instrumente des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting enger mit den geplanten konkreten politischen Vorhaben von besonderer Wichtigkeit verbunden.

Mit dem nun vorgelegten Masterplan werden diese Zielsetzungen mit konkreten Maßnahmen und Aktivitäten unterlegt. Er versteht sich als Arbeitspapier, das die Umsetzung des GPR begleiten soll. Als solches spiegelt der Masterplan in der Formulierung gleichstellungspolitischer Aufgaben wider, dass es den Fachressorts in den letzten Jahren - durch fachliche Kooperationen sowie durch die Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting Prozesse befördert – zunehmend gelungen ist, Gleichstellungsaspekte in ihren Handlungsfeldern frühzeitiger zu identifizieren und im Verwaltungshandeln zu berücksichtigen. Der Masterplan knüpft an dieses gewachsene dezentrale Potential an, dokumentiert die aktuellen Diskussionsstände und bildet die Basis für die Begleitung der Umsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms durch den Staatssekretärsausschuss Gleichstellung.

In vielen Handlungsfeldern sind neben der Verwaltung zahlreiche andere Akteure für die Umsetzung der Zielsetzungen verantwortlich, teils liegt die Umsetzungsverantwortung vollständig im Kompetenzbereich Dritter. Wo die Verwaltung Ziele nicht in Eigenregie umsetzen kann, soll im Rahmen von bestehenden oder neu zu begründenden Kooperationen und mittels Anregungen und fachlichem Austausch die Umsetzung der Zielvorgaben im GPR verfolgt werden.

Eine erfolgreiche Umsetzung des GPR bedarf der ressortübergreifenden Zusammenarbeit. Im Zuge der Umsetzung der vorgeschlagenen Vorhaben sind im Rahmen von Arbeitsgruppen, Fachtagungen u. ä. entsprechende Kooperationen geplant. In einigen Querschnittsbereichen sind die Handlungsfelder noch nicht mit den Maßnahmen der nicht federführenden Verwaltungen untersetzt. Der hier noch offen gebliebene Handlungsbedarf wird im Rahmen der entsprechenden fachlichen Arbeitsgruppen zu klären sein. Weiterhin wird darauf hingearbeitet werden, erfolgreiche gleichstellungspolitische Prozesse zwischen den verschiedenen Verwaltungen transparent und übertragbar zu machen.

Über Fachtagungen, Workshops und Arbeitsgruppen wird ein intensiver Dialog mit gleichstellungspolitischen Akteuren außerhalb der Verwaltung wie Verbänden und Netzwerken angestrebt.

Aktueller Sachstand zur Umsetzung des GPR

1.

Der Staatssekretärsausschuss Gleichstellung (StSA G) hat sich mit den Entwürfen des Masterplans auf seinen Sitzungen im November 2008 und Mai 2009 befasst und dem Senat empfohlen, den Masterplan in der nun vorliegenden Fassung zu beschließen. Im Zeitraum bis zur Fertigstellung des Masterplans sind in verschiedenen Verwaltungen bereits Teile der geplanten Maßnahmen eingeleitet oder umgesetzt worden. Als dynamisches Instrument stellt der vorliegende Masterplan auch laufende oder bereits umgesetzte Maßnahmen dar, um über den tatsächlichen Stand der Gleichstellung in den einzelnen Handlungsfeldern und im Bereich der Prozesse des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting zu informieren. Eine ausführliche Berichterstattung zur Umsetzung des GPR erfolgt erstmalig zum Beginn des Jahres 2010. Der StSA G hat sich auf seinen bisherigen drei Sitzungen neben der Diskussion des Masterplans auch mit der Weiterentwicklung der Projekte des Gender Mainstreaming und des Gender Budgeting vor allem in Hinsicht auf zu erzielende Synergieeffekte befasst. Weiterhin wurde aufgrund erster fachlicher Analysen des vorliegenden Masterplans eine Schwerpunktsetzung der Aktivitäten zum GPR für das Jahr 2010 auf die Zielgruppe der Alleinerziehenden festgelegt. Im Rahmen eines Fachkongresses sollen zunächst die vielfach ineinandergreifenden Problemlagen und Lösungsansätze für diesen Personenkreis umfassend erörtert werden.

2.

Der möglichst umfassende Einbezug der Bezirke in den Masterplan zum GPR ist das erklärte Anliegen von Senat und Bezirken. Der Rat der Bürgermeister hat in seiner Sitzung am 30. Oktober 2008 beschlossen, den Bezirken zu empfehlen, sich am Masterplan GPR mit bezirklichen Masterplänen zu beteiligen. Der Abstimmungsprozess über die Modalitäten der Integration der bezirklichen Aktivitäten zur Gleichstellung ist noch nicht abgeschlossen, da einige Bezirke eigene Strukturen der Gleichstellungspolitik erarbeitet haben. Es wird angestrebt, im Zuge der Berichterstattung zum Masterplan, die gleichstellungspolitischen Aktivitäten der Bezirke zu integrieren und zu dokumentieren.

3.

Die Geschäftsstelle Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm hat ihre Arbeit aufgenommen, koordiniert den Umsetzungsprozess und die Vorbereitungen für den StSA G. Die Tätigkeiten der Geschäftsstellen Gender Mainstreaming und Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm werden zunehmend miteinander verzahnt und im Rahmen der Zielsetzungen des GPR aufeinander abgestimmt.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der Geschäftsstelle GPR bildete die Intensivierung des öffentlichen Diskurses über die Gleichstellungspolitik in Berlin. Nach der Auftaktveranstaltung zum GPR im November 2007 mit dem Titel „Gleichstellung weiter denken - Strategien für ein geschlechtergerechtes Berlin“ wurde die gleichstellungspolitische Debatte im April 2009 mit dem Kongress „Beziehungsweisen – Geschlechterverhältnisse im Wandel“ fortgeführt. Im Mittelpunkt standen die Veränderungen in den Beziehungen der Geschlechter. Da sich in den letzten Jahrzehnten die Lebensrealität von Frauen und Männern stark verändert hat und Frauen wie Männer in Schulbildung, Berufsorientierung, Partnerschaft und Familie zunehmend gleiche Chancen und ein gleichberechtigtes Miteinander suchen, müssen sich auch Politik und Verwaltung in all ihren Handlungsfeldern dieser veränderten Realität stellen. Das bedeutet auch, die Veränderungswünsche von Männern und die Bedingungen für veränderte Formen von Partnerschaft stärker in den Blick zu nehmen. Beide Veranstaltungen stießen auf ein breites öffentliches Interesse.

Tabellarische Übersicht zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm

A		Senat			
	1.	Politische Schwerpunktsetzung/ Handlungsfelder			
		Herausforderung		Handlungsfelder	
		I.	Bildung	1.	Vorschulische und schulische Bildung und Erziehung
				2.	Berufliche Bildung und Weiterbildung
				3.	Hochschule
		II.	Existenzsichernde Beschäftigung	1.	Wirtschaftspolitik
				2.	Arbeitsmarktpolitik
				3.	Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst / LGG
				4.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf
		III.	Demografie	1.	Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt
		IV.	Soziale Gerechtigkeit	1.	Alleinerziehende
				2.	Ältere Frauen
				3.	Behinderte Frauen
	4.			Lesbische Frauen	
	5.			Gewalt gegen Frauen	
	6.			Gesundheit	
	V.	Integration	1.	Gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und Erwerbsleben	
			2.	Recht auf Selbstbestimmung	
	2.	Gender Mainstreaming			
1.		Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming <i>Verfahren</i>	<i>externes</i> Verwaltungshandeln		
2.		Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming <i>Instrumenten</i>	<i>internes</i> Verwaltungshandeln		
3.		Weiterentwicklung von Gender Budgeting			
B		Bezirke ¹			

¹ Der Abstimmungsprozess über die Modalitäten der Integration der bezirklichen Aktivitäten zur Gleichstellung ist noch nicht abgeschlossen, da einige Bezirke eigene Strukturen der Gleichstellungspolitik erarbeitet haben. Es wird angestrebt, im Zuge der Berichterstattung zum Masterplan, die gleichstellungspolitischen Aktivitäten der Bezirke zu integrieren und zu dokumentieren. Dieser Teil wird mit fortschreitender Entwicklung weiter ausgeführt.

Inhaltsverzeichnis

	Inhalt	Gliederungspunkt	Seiten	Seiten
00	Vorbemerkung			S. 1 - 6
		Tabellarische Übersicht	S. 4	
		Inhaltsverzeichnis	S. 5 - 6	
01	Senatskanzlei Stamm			S. 7
		A 2. 2.	S. 7	
02	Senatskanzlei Kultur			S. 8 - 9
		A 2. 1.	S. 8	
		A 2. 2.	S. 9	
03	Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			S. 10 - 30
		A 1. I. 1.	S. 10 - 14	
		A 1. I. 2.	S. 15 - 16	
		A 1. I. 3.	S. 17 - 19	
		A 1. II. 4.	S. 20 - 22	
		A 1. IV. 1.	S. 23 - 27	
		A 1. V. 1.	S. 28 - 29	
		A 2. 1.	S. 30	
04	Senatsverwaltung für Finanzen			S. 31 - 32
		A 2. 1.	S. 31	
		A 2.3.	S. 32	
05	Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz			S. 33 - 36
		A 1. IV. 6.	S. 33 - 36	
06	Senatsverwaltung für Inneres und Sport			S. 37 - 41
		A 1. II. 3.	S. 37	
		A 1. II. 4.	S. 38	
		A 2. 1.	S. 39	
		A 2. 2.	S. 40	
		A 2. 3.	S. 41	

	Inhalt	Gliederungspunkt	Seiten	Seiten
07	Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			S. 42 - 57
		A 1. I. 2.	S. 42 - 44	
		A 1. II. 2.	S. 45 - 46	
		A 1. IV. 2.	S. 47 - 48	
		A 1. IV. 3.	S. 49	
		A 1. IV. 4.	S. 50	
		A 1. V. 1.	S. 51 - 52	
		A 1. V. 2.	S. 53 - 55	
		A 2. 1.	S. 56	
		A 2. 2.	S. 57	
08	Senatsverwaltung für Justiz			S. 58 - 60
		A 2. 1.	S. 58	
		A 2. 2.	S. 59 - 60	
09	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			S. 61 - 71
		A 1. II. 3.	S. 61	
		A 1. III. 1.	S. 62 - 71	
10	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			S. 72 - 93
		A 1. I. 2.	S. 72 - 73	
		A 1. II. 1.	S. 74 - 75	
		A 1. II. 2.	S. 76	
		A 1. II. 3.	S. 77	
		A 1. II. 4.	S. 78	
		A 1. IV. 5.	S. 79 - 88	
		A 2. 1.	S. 89	
		A 2. 2.	S. 90 - 92	
		A 2. 3.	S. 93	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011		A 2. 2.
Senatskanzlei - Stamm	Datum	Juni 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten	
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln	

<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Projekt/ Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Be- teiligte</i>	<i>Zeit- rahmen</i>
Gender Mainstreaming in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Verfestigung und Erhöhung der Genderkompetenz in der Senatskanzlei		Einführung von Genderkriterien in der <ul style="list-style-type: none"> • Presse- und Öffentlichkeitsarbeit • der Redaktion <i>berlin.de</i>. Einheitliche Rahmensetzung für die Internetpräsentation der Stadt, Senats- und Bezirksverwaltungen; Einführung und Fortschreibung von Genderkriterien in der Ordensverleihung/ Ehrengräber		2009
Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung	Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung.		Geschlechterdifferenzierte Erfassung von Fortbildungsverhalten		2009
	Unterstützung der Führungskräfte und Referenten im Hinblick auf deren Fähigkeiten und Kompetenzen; Qualitätssicherung		Einführung von Genderkriterien in die Arbeit der Spiegelreferate (Unterstützung und Verstärkung der Achtsamkeit für Genderthemen in den Senatsverwaltungen) GM-Projekt mit externer Begleitung		2009
Gender Mainstreaming im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Berliner Verwaltung	Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Prävention am Arbeitsplatz		Beschäftigtenbefragung nach § 6 VGG unter Verwendung des standardisierten Fragebogens der Senatsverwaltung für Inneres GM-Projekt mit externer Begleitung		2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011		A 2. 1.
Senatskanzlei - Kultur		Datum Juni 2009
Bezeichnung	Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming Verfahren	
Handlungsorientierung	Externes Verwaltungshandeln	

Verfahren	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Nutzungsstruktur der Kultureinrichtungen	Ausgewogene Nutzungsstruktur der Kultureinrichtungen		Erhebung von Genderdaten innerhalb des Agendaprojekts „Controlling institutionell geförderter Kultureinrichtungen – EDV-basiertes Planungs- und Berichtssystem (CiK)“, insbesondere Berücksichtigung der Nutzungsebene durch Besucherinnen und Besucher. Die bisher gelieferten gendersensitiven Daten werden ausgewertet, die Abfragekriterien ggf. angepasst/ erweitert		2008 - 2011

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011		A 2. 2.
Senatskanzlei - Kultur		Datum Juni 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten	
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln	

<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitra- men</i>
Gender Mainstreaming in der Kultur	Erhöhung der gleichberechtigten Partizipation von Künstlerinnen im Kulturbetrieb		Einführung einer einheitlichen Datenbank im Bereich der Vergabe disponibler Mittel. Der Pilotbetrieb für die Software beginnt im Juni 2009, der Echtbetrieb voraussichtlich im November 2009;		2007 - 2009
			Erweiterte geschlechtersensitive Darstellung der Künstlerinnen- und Künstlerförderung innerhalb der Kulturverwaltung, vor allem bei bisher nicht erfassten Gruppenprojekten. Die bisher verwendeten Evaluierungsbögen wurden ausgewertet, eine Überarbeitung ist in Verbindung mit dem laufenden Qualitätsmanagement in Vorbereitung		2007 - 2009
	Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen der Berliner Kultureinrichtungen		Gender Mainstreaming in der Kultur (mit entsprechenden Berichtsaufträgen des Kulturausschusses, 1. Bericht vom April 2006, Fortschreibung des Berichts für März 2010). Eine im Bericht genannte geplante Maßnahme wird im zweiten Halbjahr 2009 umgesetzt. Gender Mainstreaming im Bereich der institutionell geförderten Kultureinrichtungen wird mit externer fachlicher Begleitung in einer Piloteinrichtung entwickelt.		2005 - 2011

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. I. 1.	
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 1. Vorschulische und schulische Bildung und Erziehung			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Erhöhung der Genderkompetenz/ Abbau von Rollenstereotypen	Etablierung gendersensibler Konzepte in Erziehung und Bildung		<p>Das Berliner Bildungsprogramm (BBP) für die Kindertagesstätten fordert durchgehend eine gendersensible Gestaltung der pädagogischen Arbeit. Das Bildungsprogramm geht davon aus, dass kindliche Bildungsprozesse abhängig vom kulturellen Hintergrund des jeweiligen Kindes verlaufen. Zu diesen kulturellen Aspekten gehören auch die Geschlechtszugehörigkeit des Kindes sowie seine ethnische und religiös/weltanschauliche Familienkultur. Das BBP beschreibt Berücksichtigung dieser Aspekte bei der Gestaltung der pädagogischen Arbeit und bei der Elternarbeit als <u>Querschnittsaufgabe</u>.</p> <p>Durch die mit allen Verbänden Berliner Kitaträger abgeschlossene „Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen – QVTAG“ hat die Implementierung des BBP Verbindlichkeit erlangt. Die geschlechtsbewusste Gestaltung der pädagogischen Arbeit wird bei der Implementierung berücksichtigt.</p> <p>Angebote des landeseigenen Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) zum Thema unterstützen die Umsetzung dieses Grundsatzes.</p>	Abt. III	laufend
	Geschlechtergerechte, kultursensible und behinderungsspezifische Schulstatistik und Bildungsberichterstattung		Diesem Prinzip folgen die Bildungsberichterstattung des Bundes, die regionale Bildungsberichterstattung für Berlin und Brandenburg sowie die Schulstatistik der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zudem geben Ausschreibungen zur Besetzung von Funktionsstellen Auskünfte über die aktuelle Besetzung der Stellen mit Frauen und Männern.	I C 2	laufend
	Erhöhung des Anteils an männlichen Erziehern und Grundschullehrern		Es bestehen keine direkten Steuerungsmöglichkeiten zur Erhöhung des Anteils an männlichen Erziehern in der Kita bzw. zum Studienwahlverhalten. Eine nennenswerte Erhöhung des Anteils an männlichen Erziehern kann nur mit einer Aufwertung (gesellschaftliches Prestige, Vergütungsstruktur, Ausbildungsdauer und -tiefe) dieses „traditionell weiblichen Beschäftigungsfeldes“ erreicht werden. U.U. könnte eine konzertierte, bundesweite Informations- und Imagekampagne langfristig einen Beitrag zu einer Verbesserung leisten. Eine derartige Kampagne müsste von den betroffenen Landes- und Bundesministerien, den Akteuren der Jugendhilfe, dem Bereich der Oberschulen, Hochschulen, Tarifpartnern sowie den Arbeitsagenturen/Jobcentern getragen werden.	SenBWF	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. I. 1.	
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 1. Vorschulische und schulische Bildung und Erziehung			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
	Verstärkter Einsatz von sozialem Lernen in der Grundschule und der Sekundarstufe I		<p>Die Erfüllung dieses Auftrags, der in den Rahmenlehrplänen enthalten ist, wird zum einen sichergestellt durch Prüfungsaufgaben, deren Aufgabenformate und Themen sich an diesem Auftrag orientieren. Die Thematisierung der Gleichstellung von Mann und Frau mit ihren historischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten ist für alle Fächer generelles Unterrichtsprinzip. Dies ist in den laufenden Prozess der Unterrichtspraxis eingebunden und betrifft unter anderem:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Wahrnehmung und Stärkung von Mädchen und Jungen in ihrer geschlechtsspezifischen Unterschiedlichkeit und Individualität, - die Förderung von Interaktionsprozessen und kooperativem Umgang von Mädchen und Jungen miteinander, - die Integration von geschlechterbezogenem Arbeiten und geschlechtsspezifischen Perspektiven auf der Ebene von Vorerfahrungen, Unterrichtsinhalten und Unterrichtsorganisation einschließlich eines zeitweise nach Geschlechtern getrennten Unterrichts (erfolgt nicht systematisch) in einzelnen Fächern, - die Berücksichtigung fachübergreifender Fragestellungen bei der Sexualerziehung, <p>Als Ergebnis dieser Ausrichtung der Rahmenlehrpläne und Prüfungsaufgaben widerspiegelt die inhaltliche und methodische Gestaltung der auf dem Markt befindlichen Lehrbücher diese Orientierung.</p>	II E / VI A	
	Gendersensible Unterstützung der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung von Schülerinnen und Schülern		<p>Im Sinne der Lern- und Leistungsförderung in der Sekundarstufe II berücksichtigen die Abituraufgaben unterschiedliche Neigungs- und Lernprofile von Jungen und Mädchen. Aufgabenformate und Inhalte richten sich u.a. daran aus, dass männliche und weibliche Prüflinge gleichermaßen an spezifischen Interessen ansetzen und Stärken unter Beweis stellen können. Die Aufgaben im Fach Deutsch z.B. berücksichtigen die spezifischen literarischen Rollenbilder von und -erwartungen an Frauen im Verlauf der Sozialgeschichte ebenso wie Stereotype in der Männerwelt. Dabei wird besonders die Geschichte der Emanzipationsbewegung betont.</p>	VI A	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. I. 1.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	I. Bildung
------------------	------------

Handlungsfeld:	I. 1. Vorschulische und schulische Bildung und Erziehung
----------------	--

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
	Verankerung von Genderaspekten in der pädagogischen Ausbildung		Im Rahmen der pädagogischen Ausbildung ist die Aneignung von Kenntnissen zur Bedeutung geschlechtsspezifischer Einflüsse auf Bildungs- und Erziehungsprozesse Gegenstand der erziehungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Studien. Diese Kenntnisse werden im Vorbereitungsdienst vertieft.	I A 6 / VI E	
	(Neu-) Bewertung des Genderaspekts in Schulprogrammen und in der Evaluation		Die (Neu-)Bewertung des Genderaspekts in Schulprogrammen und Evaluationen (Evaluationsberichten) sowie die Unterrichtsbeobachtungen und die schulischen Aktivitäten von Schülerinnen unter genderspezifischen Aspekten werden im zweiten Durchgang der Schulinspektion der Berliner Schulen noch stärkere Berücksichtigung finden.	VI C / VI D	
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen	Steigerung des Anteils von Mädchen in mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Berufen	<ul style="list-style-type: none"> * Geschlechtergerechte Umsetzung des Bildungsauftrags „Berufsorientierung“ in den weiterführenden Schulen * Erhöhung des Anteils an Schulen, die sich aktiv am Girls' Day beteiligen *Konzeption bzw. Nutzung von Parallelangeboten zum Girls' Day für Jungen * Erhöhung des Bildungsniveaus und der Anzahl der qualifizierten Abschlüsse 	<p>Die Förderung der Gleichstellung im Sinne des Gender Mainstreaming wird als eine wichtige Grundlage der Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung betrachtet. Im Rahmen der Projekte und Programme, die durch die SenBWF gefördert werden, wie zum Beispiel „Berliner Programm zur vertieften Berufsorientierung – BVBO“, „Netzwerk Berufspraxis“, „Berliner Netzwerk Hauptschule“ sollen durch spezifische Angebote Unterschiede von weiblichen und männlichen Jugendlichen im Berufsfindungs- und -wahlprozess berücksichtigt und damit gleichberechtigte Zugänge zu Ausbildung und Erwerbsarbeit ermöglicht werden. Zudem müssen Beiträge zum Abbau von geschlechtsspezifischen Benachteiligungen geleistet werden. Die Projekte sind so auszurichten, dass sie die Fähigkeiten und Interessen von Mädchen, jungen Frauen, Jungen und jungen Männern fördern und ihre Angebote auf die geschlechtsspezifischen Bedarfe zielgenau ausrichten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund des tradierten Berufswahlverhaltens von Bedeutung.</p> <p>Damit auch Lehrkräfte an das Thema herangeführt werden, wurden auf einer Fachtagung der Service- und Koordinierungsstelle P:S-W Partner: Schule-Wirtschaft neue Wege in der Berufsorientierung thematisiert. Es wurden Erfahrungen und Perspektiven mit der Ausrichtung eines „Girls' Day – Boys' Day“ in Charlottenburg-Wilmersdorf sowie neue Entwicklungen bei der Förderung der Berufsorientierung in den MINT-Fächern (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) vorgestellt.</p>	II E 3	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. I. 1.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	I. Bildung
------------------	------------

Handlungsfeld:	I. 1. Vorschulische und schulische Bildung und Erziehung
----------------	--

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Lern- und Leistungsverhalten von Mädchen und Jungen	Gendersensible Lern- und Leistungsförderung		Die Prüfungsaufgaben im mittleren Schulabschluss tragen den unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen von Jungen und Mädchen Rechnung. Die Ergebnisse der Fächer Deutsch und Englisch im mittleren Schulabschluss weisen aus, dass der Auftrag der gezielten Förderung von Jungen in den sprachlichen Fächern weitgehend erfüllt wird, da die Resultate nur noch geringen Unterschiede bei Jungen und Mädchen ausweisen. So sind die Punktwerte von Jungen im Hörverstehen und Lesen Englisch geringfügig besser als die der Mädchen (2% bzw. 1% Unterschied zwischen Mädchen und Jungen im Jahr 2008). Im Schreiben wiederum schneiden die Jungen geringfügig schwächer ab (2 % Unterschied). In Deutsch liegen die Resultate der Mädchen in allen drei Bereichen (Lesekompetenz, Sprachwissen, Schreibkompetenz) geringfügig höher als die der Jungen (zwischen 1% und 3%). Die Ergebnisse der Mädchen in Mathematik sind nur um 4% schwächer als die der Jungen. Dies bedeutet eine Verringerung des Unterschieds gegenüber dem MSA 2007 von 2%. (Die Unterschiede der Ergebnisse von Jungen und Mädchen im Jahr 2008 gegenüber 2007 sind in Englisch übereinstimmend und in Deutsch kaum unterschiedlich.)	VI A	laufend
		Gezielte Förderung von Mädchen in naturwissenschaftlichen und Jungen in sprachlichen Fächern	Die Thematisierung der Gleichstellung von Mann und Frau mit ihren historischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aspekten ist für alle Fächer generelles Unterrichtsprinzip. Dies ist in den laufenden Prozess der Unterrichtspraxis eingebunden und betrifft unter anderem: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Hilfen bei der Entscheidungsfindung zur beruflichen und persönlichen Lebensplanung unabhängig von tradierten Rollenfestlegungen, ▪ Initiativen zur Förderung von Mädchen im MINT-Bereich (Girl's Day). 	II A	laufend
Elternkompetenz	Sensibilisierung von Vätern und Müttern für eine geschlechtergerechte Erziehung und Bildung		Die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung fördert 15 Träger der Familienbildung. Angebote der Familienbildung vermitteln Wissen und Informationen zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern. Sie unterstützen Mütter und Väter bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu Fragen der kindlichen Entwicklung und eines partnerschaftlichen Umgangs in der Familie. Die Sensibilisierung für eine geschlechtergerechte Erziehung ist dabei immanenter Bestandteil.	III B	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. I. 1.	
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 1. Vorschulische und schulische Bildung und Erziehung			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitra- men</i>
			Das von SenBWF geförderte Väterzentrum des Trägers Mannege e.V. bietet spezielle Angebote: „Für werdende Väter, Für Väter mit Kindern und Väter unter sich“ zur Sensibilisierung von Männern für verantwortliche Vaterschaft. Es verbindet zudem das Familienbildungsangebot konzeptionell mit übergreifenden Angeboten zu Rollenstereotypen und geschlechterbewusster Erziehung.		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. I. 2.	
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen	Gewinnung von mehr Unternehmen, die Frauen in naturwissenschaftlichen, technischen und IT- Berufen ausbilden	Steigerung um 10% in den nächsten 2 Jahren	Gespräch mit den Kammern (Instruktion der Ausbildungsberater) im Landesausschuss für Berufsbildung (LAB) und Berufsbildungsausschuss (BBA) als jährlicher TOP; Sonderkommission Ausbildungsplätze beim Reg. Bürgermeister	II F	
	Erhöhung der Zahl der weiblichen Auszubildenden, die nach der Ausbildung vom Betrieb übernommen werden	Steigerung um 20% in den nächsten 2 Jahren	Gespräch mit Kammern, LAB und BBA; Beschäftigungskonferenz mit Kammern und Betrieben	II F	
	Verminderung der Zahl der Abbrecherinnen in dualer und schulischer Berufsausbildung durch eine verbesserte geschlechtersensible Berufsorientierung und Erhöhung der Zahl von Maßnahmen für Altbewerberinnen	Verbesserung der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler	Ausbau der Jugendsozialarbeit an Berliner Berufsschulen und Oberstufenzentren	II G 1	
	Ausbau der Kooperationen mit außerschulischen Angeboten zur Stärkung des mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Unterrichts	Verbesserung d. IT-Kompetenz von Schülerinnen u. Schülern; Stärkung der Profiling-Kompetenz	Projekt „Fit for Future“ (Kooperation Berufliche Schulen/ Volkshochschulen)	I D 23 u. II G 12, VHSn	laufend
Weiterbildung / Lebenslanges Lernen	Sicherstellung einer geschlechtersensiblen Beratung (Zertifizierung)	Verbesserung der Info-Lage zu VHS-Angeboten für Frauen insb. mit Migrationshintergrund	VHS-Mütterkurse zum Abbau sprachlicher Barrieren	I D 22	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. I. 2.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	I. Bildung
------------------	------------

Handlungsfeld:	I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraumen</i>
	Weiterentwicklung von Beratungskonzepten zu Unterstützungsangeboten für lebenslanges Lernen	Niedrigschwellige Bildungsangebote	Förderung der Lernläden in Neukölln, Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg	I D 1 u. SenIAS	
	Verstärkung des arbeitsplatz- und betriebsbezogenen Lernens	Betriebsnähe in Berufsvorbereitenden Bildungsgängen	Entwicklung und Anwendung von schulischen Qualifizierungsbausteinen mit betrieblichen Praktikumsanteilen	II F 1	
	Entwicklung eines Rahmenkonzeptes zur Anerkennung informellen Lernens am Arbeitsplatz und von non formal erworbenen Fähigkeiten	Profilpass z. Dokumentation informell erworbener Kompetenzen	Pass ist bereits entwickelt; Beratung in Lernläden	I D 1 u. SenIAS	
	Gezielte Förderung der Weiterbildung von gering qualifizierten und älteren Frauen	Erwerb von Sprachkompetenz ist ein Teilziel	Mütterkurse	I D 22 u. VHSn	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011		A 1. I. 3.
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
Herausforderung:	I. Bildung	
Handlungsfeld:	I. 3. Hochschule	

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraum</i>
Personal und wissenschaftlicher und künstlerischer Nachwuchs	Erhöhung des Anteils von Frauen bei der Besetzung von Professuren		Masterplan- Ausbildungsinitiative; leistungsbezogene Mittelverteilung im Rahmen der Hochschulverträge, Berliner Chancengleichheitsprogramm	Abt. IV	2008-2011
	Diskriminierungsfreie, transparente Verfahren für Berufungen und Bleibeverhandlungen		Überprüfung der Berufungsunterlagen bei SenBWF	IVC	laufend
	Geschlechtergerechte Umsetzung der leistungsbezogenen Professorenbesoldung		Genehmigung von Satzungen der Hochschulen, Fortschreibung des Berichtes unter besonderer Berücksichtigung dieser Frage	IVA	laufend 2009
	Gleiche Zugangschancen für Frauen und Männer zu Promotionen, Habilitationen und Juniorprofessuren sowie zu Fördermaßnahmen		Genehmigung von Promotions- und Habilitationsordnungen, spezielle Förderprogramme (Masterplan- Ausbildungsinitiative)	IVC/ IVB	
	Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf, wissenschaftlicher Karriere und Familie			Fällt in die Zuständigkeit der Hochschulen	
	Realisierung von Dual Career		Koordination mit der Schulverwaltung und geeigneten anderen Behörden und Einrichtungen, um eine schnelle und zielgenaue Bearbeitung zu erreichen.	IVC	laufend
Studierende	Entwicklung und Sicherstellung qualifizierter und geschlechtersensibler Studienberatungsangebote		Abfrage bei den Hochschulen	IVC	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011		A 1. I. 3.
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
Herausforderung:	I. Bildung	
Handlungsfeld:	I. 3. Hochschule	

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraumen</i>
	Diskriminierungsfreie Gestaltung des Hochschulzugangs		Siehe Hochschulzulassungsgesetz 2006	IV A	
	Verringerung der Unterrepräsentanz von Studentinnen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich		diverse Aktivitäten an den Hochschulen (Girls' Day, Schnupperkurse, Informationen an Schulen)	IV C	laufend
	Verringerung der Unterrepräsentanz von Studierenden in gesundheits- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen sowie in den Erziehungs-, Sprach- und Kulturwissenschaften		Werbemaßnahmen der Hochschulen		
	Erhöhung des Studienerfolgs von Frauen und Männern		Studienerfolg wird im Rahmen der leistungsbezogenen Mittelverteilung belohnt	IV B	2006 – 2009 Jährlich
	Diskriminierungsfreier Zugang zu Fördermaßnahmen während des Studiums		Überprüfung der Verfahren an den Hochschulen, Leistungsberichte	IV C	
	Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium und Familie		Förderung von Teilzeitstudiengängen im Rahmen der Novellierung BerlHG, Audit-Verfahren an den Hochschulen	IV A	
			Förderung neuer Curricula für Teilzeitstudiengänge für in der Beruflichen Bildung Qualifizierte	IV B	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011		A 1. I. 3.
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
Herausforderung:	I. Bildung	
Handlungsfeld:	I. 3. Hochschule	

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraumen</i>
Studium, Lehre, Forschung	Integration von Genderaspekten in die Forschung und Lehre und in die Studienorganisation		Leistungsberichte	fällt in die Zuständigkeit der Hochschulen, IV C	2009
	Sicherstellung der nachhaltigen Förderung der Frauen- und Geschlechterforschung		Förderprogramme und Strukturpläne der Hochschulen, HS-Verträge	IV C	laufend
Kulturwandel in Hochschulen und Forschungseinrichtungen	Sicherung des Stellenwerts von Gleichstellung im Aufgabenspektrum der Hochschulen bei wachsender Hochschulautonomie		Beachtung im Rahmen der Hochschulvertragsverhandlungen	Abt. IV	
	Entwicklung von Steuerungsinstrumenten unter Berücksichtigung von Genderaspekten		Hochschulverträge, leistungsbezogene Mittelverteilung	Abt. IV	
	Verstärkte Anstrengungen zur Erhöhung der Repräsentanz von Frauen in Leitungs-, Entscheidungs- und Beratungsgremien in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen			fällt in die Zuständigkeit der Hochschulen	
	Veränderung der Fachkulturen			Fällt in die Zuständigkeit der Hochschulen und Forschungseinrichtungen	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. II. 4
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	II. Existenzsichernde Beschäftigung
------------------	-------------------------------------

Handlungsfeld:	II. 4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf
----------------	---

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
Vereinbarkeit Familie und Beruf/ Kindererziehung	Verbesserung der Bedarfsgerechtigkeit der Kindertagesbetreuung und der Ganztagsschulen		Die Prüfung des Förderungsbedarfes ist grundsätzlich in §§ 4 bis 7 KitaFöG geregelt. Die VOKitaFöG vom 04.11.2005 enthält dazu in §§ 3 bis 5 ausführende Regelungen. In Umsetzung des KitaföG und der VOKitaFöG wurde in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern und unter Einbeziehung der Trägerverbände und der Eigenbetriebe die sogenannte „Orientierungshilfe zur Feststellung des Bedarfs für Kinder bis zum Schuleintritt“ entwickelt und im März 2008 den für Jugend zuständigen Bezirksstadträten/Bezirksstadträtinnen sowie den Trägern zur Verfügung gestellt. Die Orientierungshilfe stellt einen erheblichen Beitrag zur einheitlichen Anwendung der Bedarfskriterien – insbesondere zur Festsetzung des sozialpädagogischen Bedarfs - dar und erleichtert im Rahmen der geltenden Rechtslage den Zugang zur Tagesbetreuung. Darüber hinaus ist beabsichtigt, einen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitförderung im letzten Jahr vor Beginn der regelmäßigen Schulpflicht gesetzlich zu verankern.	Abt. III	
	Flexibilisierung der Öffnungszeiten in stärkerer Anpassung an berufliche Erfordernisse		Berlin nimmt hinsichtlich des Ziels, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, innerhalb der Bundesländer eine Spitzenstellung ein und zwar sowohl hinsichtlich der Bedarfsanerkennung als auch hinsichtlich der für die Eltern notwendigen Rahmenbedingungen. Anders als in der Zielsetzung unterstellt muss in Berlin keine Arbeitsaufnahme an fehlenden Betreuungsmöglichkeiten scheitern: Berufstätigkeit sowie Arbeitssuche sind als Bedarfskriterien gesetzlich festgeschrieben und entsprechende Ansprüche werden auch erfüllt. Seit der Einführung des Anmelde- und Bedarfsprüfungsverfahrens 1996 melden Eltern dem Wohnsitzjugendamt neben ihrem gewünschten Betreuungsumfang auch die notwendigen Betreuungszeiten. Damit wird der Bedarf an flexiblen Öffnungszeiten objektiv ermittelt und die Jugendämter sind verpflichtet, im Rahmen der Planung sicher zu stellen, dass „ausreichend und rechtzeitig ein geeigneter Platz zur Verfügung steht“ Die Kindertageseinrichtungen sollen die Organisation der Betreuungszeiten dem von den Eltern geltend gemachten Betreuungsbedarf – auch zu außergewöhnlichen Zeiten – anpassen.	Abt. III	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. II. 4
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	II. Existenzsichernde Beschäftigung
------------------	-------------------------------------

Handlungsfeld:	II. 4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf
----------------	---

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
			<p>Daneben gibt es die Möglichkeit, ergänzende Kindertagespflege in Anspruch zu nehmen, wenn die üblichen Öffnungszeiten der Tageseinrichtungen nicht ausreichen, um den individuellen Bedarf zu decken. Dabei können die Eltern Tagespflegepersonen, die für die Zeit am späten Nachmittag, Abend und Wochenende zur Verfügung stehen, auch selbst benennen. Für die Feststellung der Eignung ist eine Überprüfung des Jugendamtes Voraussetzung.</p> <p>Die Öffnungszeiten für Tageseinrichtungen sind nicht mehr fest vorgegeben; Träger sollen bedarfsgerechte Öffnungszeiten anbieten.</p> <p>Für Kinder mit wechselndem Betreuungsbedarf (z. B. bei Schichtarbeit der Eltern) werden die Zeiten, die die Eltern aufgrund Ihrer Tätigkeit benötigen, vollständig berücksichtigt und an allen Betreuungstagen (fünf Tage die Woche) ist mindestens eine Halbtagsförderung am Vormittag sichergestellt.</p> <p>Darüber hinaus wurden die Träger verpflichtet, während der Schließzeiten eine angemessene Betreuung sicher zu stellen – in Absprache mit den Eltern und ggf. in Kooperation mit anderen Trägern. Insofern gibt ist die bedarfsgerechte Versorgung auch zu außergewöhnlichen Betreuungszeiten gewährleistet.</p> <p>Zusätzliche Angebote zu den Pflichtaufgaben der Jugendhilfe, wie sie als individuelle Betreuungsangebote von den Job-Centern finanziert werden (Betreuung in der häuslichen Umgebung bei Bedarf auch an Wochenenden, über Nacht oder in den frühen Morgenstunden, aber auch eine Betreuung/Begleitung der Kinder bei Terminen außer Haus) werden vom Senat begrüßt, zumal sie eine sinnvolle Ergänzung vorhandener Strukturen darstellen und den Haushalt von Berlin nicht belasten. Gleichwohl werden sie nicht für unabdingbar gehalten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.</p>		
	Kita-Gutscheine für Kinder im Alter von unter drei Jahren, deren Eltern weder erwerbstätig noch in Ausbildung sind.		In Berlin gilt das Prinzip des bedarfsgesteuerten Zugangs zur Tagesbetreuung, wobei neben Erwerbstätigkeit und Ausbildung auch pädagogische, soziale und familiäre Gründe einen Bedarf begründen können. Demgegenüber wurde im soeben erlassenen KIFöG festgeschrieben, dass das Angebot an Plätzen in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie die Förderungs-	Abt. III	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. II. 4
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	II. Existenzsichernde Beschäftigung
------------------	-------------------------------------

Handlungsfeld:	II. 4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf
----------------	---

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
			<p>verpflichtungen für Kinder unter drei Jahren bis 2013 stufenweise ausgebaut werden.</p> <p><u>Erste Stufe:</u> Die bundesrechtlichen Förderungsverpflichtungen für Kinder unter drei Jahren werden in einer ersten Stufe zwischen 2008 und 2013 erweitert (Aufnahme zusätzlicher Bedarfskriterien). Der Ausbau des bedarfsgerechten Angebots wird im Rahmen von Übergangsregelungen forciert.</p> <p><u>Zweite Stufe:</u> Ab dem 01.08.2013 gilt der bundesgesetzliche Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für alle Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben.</p> <p>Die Förderverpflichtung für Kinder unter einem Jahr richtet sich dann nach den erweiterten Bedarfskriterien. Das im Handlungsfeld genannte Ziel, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, ist in Berlin erfüllt: Berufstätigkeit sowie Arbeitssuche sind als Bedarfskriterien gesetzlich festgeschrieben und entsprechende Ansprüche werden erfüllt. Damit gehen die landesrechtlichen Regelungen über die bundesrechtlich für die erste Ausbaustufe vorgesehenen bereits jetzt weit hinaus.</p>		
	Erweiterung des Angebots an schulnahen und wohnortnahen Jugendfreizeitangeboten für 11 – 14 Jährige		Die Angebote der Jugendfreizeiteinrichtungen beinhalten verstärkt die Kooperation mit Schulen in den Regionen, für die landesweiten Einrichtungen wie das FEZ ist diese Kooperation ein zentraler Schwerpunkt. Insgesamt hat es im Schuljahr 2005/ 2006 in Berlin über 2.000 Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen gegeben. Der überwiegende Teil dieser Angebote richtet sich an Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren. Mit dem Landesjugendring, der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Berlin, der Sportjugend und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband wurden Rahmenvereinbarungen über die Zusammenarbeit mit Schulen geschlossen. Der Bezug zum sozialen Umfeld wurde in der Folge der Sozialraumorientierung ausgebaut. Rückmeldungen aus der Praxis der Jugendarbeit zeigen, dass in der Altersgruppe Mädchen und Jungen etwa gleichermaßen erreicht werden.	Abt. III	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 1.	
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 1. Alleinerziehende			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraum
Entlastende Dienste	Teilhabe am öffentlichen und sozialen Leben, Wahrnehmung von Regenerations- und Freizeitangeboten		Um belasteten Eltern, insbesondere gering verdienenden Familien und alleinerziehenden Müttern oder Vätern Freiräume zu ermöglichen, bieten Ehrenamtprojekte für wenig Geld, häufig auch umsonst Kinderbetreuung im Haushalt der Eltern an, bei Bedarf auch in den Abendstunden. Hierzu zählen z.B. der Großelterndienst, Kikon, Biffy u.a. Einige Projekte wenden sich an bestimmte Zielgruppen wie z.B. das Projekt Wellcome, das ehrenamtliche Hilfe für Familien nach der Geburt anbietet. Die meisten Projekte sind berlinweit tätig. Sie unterliegen nicht der Aufsicht oder Steuerung unseres Hauses. Weiterhin bieten Stadtteilzentren, Nachbarschaftsheime und Familienzentren Unterstützung bei der Vermittlung von Kinderbetreuung („Babysitter“) an. Derzeit wird derzeit kein weiterer Handlungsbedarf gesehen.	Abt. III	
	Ausbau von pädagogisch geschulten Pflegediensten zur Entlastung der alleinerziehenden Personen bei Krankheit, Kur oder Krankenhausaufenthalt		Die Hilfe nach § 20 SGB VIII „Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen“ sieht die Aufrechterhaltung des Familienalltags vor, wenn der hausaltshaltsführende Elternteil aus gesundheitlichen oder anderen zwingenden Gründen ausfällt. Das Spektrum der Hilfe ist hinsichtlich Art und Umfang sehr unterschiedlich. Es umfasst z.B. Aufwandsentschädigungen für Nachbarschaftshilfe oder für Fahrtkosten von Familienangehörigen, Kosten für Haushaltshilfen bzw. für Fachkräfte der Familienpflege. Je nach Bedarf des Einzelfalls werden nach Prüfung durch das zuständige Jugendamt unterschiedlich qualifizierte Kräfte eingesetzt. Es liegen hier keine Informationen vor, wonach das Angebotsspektrum der Pflegedienste den Betreuungsbedarf von Familien in Notsituationen nicht abdecken kann. Daher wird derzeit kein Handlungsbedarf gesehen.	Abt. III	
	Ausbau von Kindertagesbetreuungsangeboten außerhalb der üblichen Öffnungszeiten, flexible Nutzung der Betreuungszeit		Berlin nimmt hinsichtlich des Ziels, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, innerhalb der Bundesländer eine Spitzenstellung ein und zwar sowohl hinsichtlich der Bedarfsanerkennung als auch hinsichtlich der für die Eltern notwendigen Rahmenbedingungen. Anders als in der Zielsetzung unterstellt muss in Berlin keine Arbeitsaufnahme an fehlenden Betreuungsmöglichkeiten scheitern:		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. IV. 1.
---	--------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit
------------------	---------------------------

Handlungsfeld:	IV. 1. Alleinerziehende
----------------	-------------------------

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
			<ul style="list-style-type: none"> - Berufstätigkeit sowie Arbeitssuche sind als Bedarfskriterien gesetzlich festgeschrieben und entsprechende Ansprüche werden auch erfüllt. - Seit der Einführung des Anmelde- und Bedarfsprüfungsverfahrens 1996 melden Eltern dem Wohnsitzjugendamt neben ihrem gewünschten Betreuungsumfang auch die notwendigen Betreuungszeiten. Damit wird der Bedarf an flexiblen Öffnungszeiten objektiv ermittelt und die Jugendämter sind verpflichtet, im Rahmen der Planung sicher zu stellen, dass „ausreichend und rechtzeitig ein geeigneter Platz zur Verfügung steht“ - Die Kindertageseinrichtungen sollen die Organisation der Betreuungszeiten dem von den Eltern geltend gemachten Betreuungsbedarf – auch zu außergewöhnlichen Zeiten – anpassen. - Daneben gibt es die Möglichkeit, ergänzende Kindertagespflege in Anspruch zu nehmen, wenn die üblichen Öffnungszeiten der Tageseinrichtungen nicht ausreichen, um den individuellen Bedarf zu decken. Dabei können die Eltern Tagespflegepersonen, die für die Zeit am späten Nachmittag, Abend und Wochenende zur Verfügung stehen, auch selbst benennen. Für die Feststellung der Eignung ist eine Überprüfung des Jugendamtes Voraussetzung. - Die Öffnungszeiten für Tageseinrichtungen sind nicht mehr fest vorgegeben; Träger sollen bedarfsgerechte Öffnungszeiten anbieten. - Für Kinder mit wechselndem Betreuungsbedarf (z. B. bei Schichtarbeit der Eltern) werden die Zeiten, die die Eltern aufgrund Ihrer Tätigkeit benötigen, vollständig berücksichtigt und an allen Betreuungstagen (fünf Tage die Woche) ist mindestens eine Halbtagsförderung am Vormittag sichergestellt. - Darüber hinaus wurden die Träger verpflichtet, während der Schließzeiten eine angemessene Betreuung sicher zu stellen – in Absprache mit den Eltern und ggf. in Kooperation mit anderen Trägern. <p>Insofern ist die bedarfsgerechte Versorgung auch zu außergewöhnlichen Betreuungszeiten gewährleistet.</p> <p>Zusätzliche Angebote zu den Pflichtaufgaben der Jugendhilfe, wie sie als individuelle Betreuungsangebote von den Job-Centern finanziert werden</p>		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 1.	
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 1. Alleinerziehende			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
			<p>(Betreuung in der häuslichen Umgebung bei Bedarf auch an Wochenenden, über Nacht oder in den frühen Morgenstunden, aber auch eine Betreuung/Begleitung der Kinder bei Terminen außer Haus) werden vom Senat begrüßt, zumal sie eine sinnvolle Ergänzung vorhandener Strukturen darstellen und den Haushalt von Berlin nicht belasten.</p> <p>Zur flexiblen Nutzung der Betreuungszeit ist eine spezielle Regelung gesetzlich festgeschrieben: Soweit wechselnde Betreuungszeiten erforderlich sind, ist eine mindestens durchgängige Halbtagsförderung, regelmäßig am Vormittag, je Betreuungstag zugrunde zu legen, die entsprechend dem regelmäßig überschreitenden monatlichen Bedarf zu ergänzen ist.</p>		
	Verbesserung der Beratung und verstärkte Anerkennung sozialer und familiärer Gründe für einen Betreuungsbedarf		<p>Die bereits in der Kindertagesförderungsverordnung festgeschriebene, umfangreiche Beratungspflicht der Jugendämter wurde mit der Gesetzesänderung vom 19. März 2008 (Gesetz zur vorschulischen Sprachförderung) im Kindertagesförderungsgesetz gesetzlich verankerte.</p> <p>Die Prüfung des Förderungsbedarfes ist grundsätzlich in §§ 4 bis 7 KitaFöG geregelt. Die VOKitaFöG vom 04.11.2005 enthält dazu in §§ 3 bis 5 ausführende Regelungen. In Umsetzung des KitaföG und der VOKitaFöG wurde in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern und unter Einbeziehung der Trägerverbände und der Eigenbetriebe die sogenannte „Orientierungshilfe zur Feststellung des Bedarfs für Kinder bis zum Schuleintritt“ entwickelt und im März 2008 den für Jugend zuständigen Bezirksstadträten/Bezirksstadträtinnen sowie den Trägern zur Verfügung gestellt. Die Orientierungshilfe stellt einen erheblichen Beitrag zur einheitlichen Anwendung der Bedarfskriterien – insbesondere zur Festsetzung des sozialpädagogischen Bedarfs - dar und erleichtert im Rahmen der geltenden Rechtslage den Zugang zur Tagesbetreuung.</p> <p>Ab dem 01.08.2013 gilt der bundesgesetzliche Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege für alle Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben. Die Förderverpflichtung für Kinder unter einem Jahr richtet sich dann nach den erweiterten Bedarfskriterien.</p>	Abt. III	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. IV. 1.
---	--------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit
------------------	---------------------------

Handlungsfeld:	IV. 1. Alleinerziehende
----------------	-------------------------

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
	<p>Verbesserung des Sportangebots in den Räumen von Kita, Hort und Schule</p> <p>Schaffung von Angeboten für gemeinsame Sportausübung</p> <p>Angebotsverbesserung durch Vernetzung der Multiplikatorinnen von Beratungseinrichtungen, Mitarbeiterinnen der Krankenkassen und Medizinerinnen</p>		<p>Sowohl Nachbarschaftseinrichtungen, Stadtteilzentren, Familienzentren, Volkshochschulen, Sportvereine als auch Träger der Familienbildung bieten z. T. in Kooperation mit Kitas und /oder Krankenkassen eine Vielzahl an unterschiedlichen Bewegungsangeboten für Kinder und ihre Eltern bzw. an Kursen (auch in Selbsthilfe) mit besonderer gesundheitlicher Thematik (z.B. Entspannung) an. Bei Bedarf bzw. zu bestimmten Themen werden Expert/ -innen hinzugezogen. Anzahl und Ausrichtungen dieser Angebote sind regional unterschiedlich und regeln sich über Angebot und Nachfrage. Alle diese Angebote sind niedrigschwellig, preiswert und stehen auch Alleinerziehenden offen. Welcher Bedarf über das aktuelle Angebot hinaus bestehen könnte, ist unklar.</p>		
Forschung	<p>Verbesserung der Kenntnisse über die Lebenslagen alleinerziehender Personen in Berlin</p>		<p>Das Amt für Statistik Berlin Brandenburg erhebt regelmäßig eine Vielzahl von Daten über die Lebenslagen der Berliner Familien bzw. alleinerziehender Personen. Diese Daten sind von allen Senatsverwaltungen abrufbar. Darüber hinaus können besondere Fragestellungen im Rahmen von Sonderauswertungen in Absprache mit den Fachabteilungen des statistischen Landesamtes entwickelt werden. Informationen, die über das vorhandene Datenmaterial des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg nicht zu ermitteln sind sondern zusätzlich erhoben werden müssen, sind kostenpflichtig. Aus fachpolitischer Sicht wird derzeit kein Handlungsbedarf gesehen.</p>		
Unterhalt für Kinder	<p>Verlängerung der Anspruchszeit für den Unterhaltsvorschuss</p>		<p>Der Unterhaltsvorschuss wird durch ein Bundesgesetz geregelt. Eine Bundesratsinitiative, die zu Mehrkosten (1/3 Bund, 2/3 Länder) führt, erscheint angesichts der Haushaltslage aussichtslos.</p>		
	<p>Effektivere Durchsetzung von Kindesunterhaltsansprüchen</p>		<p>Zur Geltendmachung von Kindesunterhaltsansprüchen können Alleinerziehende eine kostenlose Beistandschaft im Jugendamt nach § 1712 BGB beantragen. Daher wird derzeit kein Handlungsbedarf gesehen.</p>		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 1.
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 1. Alleinerziehende			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
	Verbesserung der Datenlage		Es ist unklar, welche Daten hier gemeint sein könnten. Unterhaltsleistungen betreffen den zivilrechtlichen Bereich. Sie können einvernehmlich direkt zwischen Unterhaltsberechtigtem und -pflichtigem oder unter Einbeziehung von Notaren, Rechtsanwälten und Gerichten ohne Beteiligung staatlicher Stellen vereinbart werden. Daneben werden Unterhaltsleistungen durch Beistandschaften in den Jugendämtern geltend gemacht, an dieser Stelle erfolgt eine entsprechende Datenerfassung		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. V. 1.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	V. Integration
------------------	----------------

Handlungsfeld:	V. 1. Gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbsleben
----------------	---

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Schule	Erhöhung des Anteils von Mädchen und Jungen mit Migrationshintergrund in den qualifizierten Schulabschlüssen		<ul style="list-style-type: none"> - DaZ/ Sprachförderung in G und Sek I - DaZ Rahmenlehrplan (G) - Fachbriefe Sprachförderung und Kooperation Schule-Eltern mit Migrationshintergrund - Konzept der durchgängigen Sprachförderung - FörMig, - Mercator-Programm - Lernausgangslage 7 (Diagnoseinstrument) - Programm gegen Schulabbruch - Praxisorientierte Unterrichtsangebote insbes. an Hauptschulen (Produktives Lernen, Praxisklassen) - Duales Lernen (als flächendeckendes Angebot in der neuen Schulart „Sekundarschule“) - Sprachfördercamps (Vorbereitung auf Schulabschlüsse) - LISA: Förderung an Gymnasien 	II A 1	
	<p>Verbesserung des Berufskunde-Unterrichts unter Einbeziehung der Eltern</p> <p>Erhöhung des Anteils der Mädchen mit Migrationshintergrund, die am Girls' Day teilnehmen</p>		BVBO“, „Netzwerk Berufspraxis“, „Berliner Netzwerk Ausbildung“ für gleichberechtigte Zugänge zu Ausbildung und Erwerbsarbeit fortführen und weiterentwickeln, insbesondere vor dem Hintergrund des tradierten Berufswahlverhaltens	II E	laufend
	<p>Entwicklung spezifischer gendersensibler Konzepte für Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Migrationshintergründen</p> <p>Erhöhung des Anteils der jungen Frauen und Männer mit</p>		<p>Förderung gendersensibler Konzepte durch das Projekt „Berufliche Orientierung- und Bildungsberatung für Jugendliche mit Migrationshintergrund“</p> <p>Lehrkräftefortbildung zum Thema „Neue Wege in der Berufsorientierung Perspektive „Girls' Day – Boys' Day“</p>		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. V. 1.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung	Datum	Juni 2009
--	-------	-----------

Herausforderung:	V. Integration
------------------	----------------

Handlungsfeld:	V. 1. Gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbsleben
----------------	---

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
	Migrationshintergrund an den Studierenden		MINT-Fächer (Mathematik-Informatik-Naturwissenschaften-Technik) fördern.		
Bildung / Erwerbstätigkeit	Erhöhung der Zahl der beruflichen Bildungsabschlüsse von Migrantinnen		Integrierten Sprachförderung in den vollschulischen Berufsfachschulen zur Vermeidung von Abbrüchen fortführen	II F	seit 2006 laufend
	Erweiterung des Berufswahlspektrums von Migrantinnen		Kooperation zwischen der SenBWF und IntMig: Pilotprojekt in 10 weiterführenden allgemein bildenden Schulen zur „Interkulturell sensiblen Berufsorientierung“; Ziel: Ausbildungsbeteiligung Jugendlicher mit Migrationshintergrund deutlich verbessern.	II E	seit 2006 laufend
	Steigerung des Anteils von Migrantinnen in qualifizierten Berufen		Integrierten Sprachförderung in Berufsvorbereitenden Bildungsgängen, als Voraussetzungen für eine qualifizierte vollschulische Berufsausbildung fortführen	II F	seit 2006 laufend
	Angebote zur Entwicklung von Diversity-Ansätzen und Interkultureller Kompetenz in Verwaltung und Unternehmen		Förderung der interkulturellen Kompetenz von Lehrkräften, aber auch von Beschäftigten in Behörden und Bürgern und Bürgerinnen in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen im Rahmen des Referenzprojekts „Bildung im Kiez - Regionale Bildungsnetzwerke“ (Demografiekonzept für Berlin).		seit 2006 laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 1.
Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung			Datum	Juni 2009	
Bezeichnung		Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming Verfahren			
Handlungsorientierung		Externes Verwaltungshandeln			
Verfahren	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Gender Mainstreaming in der Jugendhilfe	Weitere Sensibilisierung der in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Fachkräfte für das Thema Gleichstellung (angesprochen werden ca. 50.000)		Das Fortbildungsprogramm des SFBB wird Ende November 2009 fertig gestellt. Die bereits bestehenden Fortbildungsreihen zum werden fortgeführt. Darüber hinaus ist geplant, die Gender-Thematik auch für die Kindertagesbetreuung auszuweiten.		Jahresplanung 2009 des SFBB
			Folgende Genderorientierte Fortbildungen sind u. a. geplant: Durchführung einer Qualifizierungsreihe zur geschlechterbewussten Pädagogik in der Kindertagesstätte		
			Die Kooperation von Jugendarbeit und Schule wird unter geschlechterbewusster Perspektive bearbeitet. Sowohl der Übergang von der Schule in den Beruf als auch die „Schulverweigerung“ wird aus der unterschiedlichen Betroffenheit von Jungen und Mädchen dargestellt.		
			Die Chancen und Ziele der pädagogischen Jugendarbeit werden in den Qualifizierungsreihen „Mädchenarbeit im Wandel“ und „Die vielen Seiten der Männlichkeit - Basisqualifizierung Jugenarbeit“ bearbeitet.		
Gender Mainstreaming an Berufsschulen	Implementierung von GM als Instrument von Personalentwicklung an beruflichen Schulen		GM-Projekt mit externer Begleitung		2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 2. 1.	
Senatsverwaltung für Finanzen			Datum	Juni 2009	
Bezeichnung	Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming Verfahren				
Handlungsorientierung	Externes Verwaltungshandeln				
Verfahren	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
	Entwicklung geeigneter Strategien und Lösungsmöglichkeiten zum Abbau von genderspezifischen Stressoren.		Durch das Projekt „Genderstress“ sollen die Zusammenhänge zwischen Geschlechterrollenerwartungen und psychischen Belastungen beschrieben und Maßnahmen zum Abbau von Belastungen so verbessert werden, dass Sie die spezifischen Belastungen von Frauen und Männern berücksichtigen.		September 2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 2.3.	
Senatsverwaltung für Inneres und Sport			Datum	Juni 2009	
Bezeichnung		Weiterentwicklung von Gender Budgeting			
Handlungsorientierung		Internes Verwaltungshandeln			
Instrument	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Gender Budgeting in der Haushaltspolitik	Vollständige Integration produktbezogener Gender Budget Analysen in die Haushaltspläne		<p>In den Doppelhaushaltsplänen 2006/2007 und 2008/2009 sind innerhalb der Einzelpläne vielfach Angaben zur geschlechtsspezifischen Verteilung konkreter Haushaltsansätze enthalten. Zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Analysen wurden in Vorbereitung der Haushaltsplanaufstellung 2010/2011 in sechs Senatsverwaltungen und drei Bezirksverwaltungen Workshops zu Gender Budgeting in den jeweiligen Einzelplänen durchgeführt. Einbezogen in die GB-Analyse sind auch die Empfänger von Zuschüssen und Zuwendungen. Auf diese Weise können haushaltspolitische Entscheidungen in ihren geschlechtsspezifischen Auswirkungen noch transparenter dargestellt werden.</p> <p>In enger Abstimmung mit der Geschäftsstelle Produktkatalog der Bezirke und auf Basis entsprechender Beschlüsse des Rats der Bürgermeister erfolgt auch für die Bezirke eine Fortsetzung und Intensivierung der Gender Budget-Analyse. Dabei sollen insbesondere einheitliche Genderziele und Genderindikatoren für die in die Analyse einzubeziehenden Produkte formuliert werden. Gleichzeitig soll die Zahl der zu untersuchenden Produkte erweitert werden. Parallel wird ein bezirksindividueller Prozess des Einstiegs in Gender Budgeting-Verfahren unterstützt.</p>	SenFin i.V. mit SenWTF/ GS GM	dauerhaft
	Gender Budget Analysen im Bereich der Personalausgaben		<p>Erstmalig mit dem Haushaltsplan 2010/2011 werden genderbezogene Aussagen zu den Personalbudgets der Senatsverwaltungen vorgelegt werden. In der Diskussion um aussagekräftige Angaben, die auch eine Steuerungsmöglichkeit eröffnen, hat sich gezeigt, dass einfache Darstellung der Personalbudgets nach Männern und Frauen allein nicht ausreichen.</p> <p>Für die weitere Entwicklung der Berliner Gender Budgeting Analyse im Bereich der Personalkosten ist für 2010 eine Konferenz geplant, die nationale und internationale Erfahrungen zu diesem Thema zusammenträgt und erörtert.</p>	SenFin i.V. mit SenWTF/ GS GM	dauerhaft 2010

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 6.	
Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 6. Gesundheit			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Übergreifende Öffentlichkeitsarbeit	Wissenstransfer zu Gender Mainstreaming und Diversity		<ul style="list-style-type: none"> Erarbeitung und Fortschreibung einer Website zum Thema Gender Mainstreaming/ Gleichstellung für die SenGUV 	Sen GUV SE A	laufend
Geschlechtersensible Prävention, Früherkennung und Gesundheitsversorgung ²	Bereitstellung von geschlechter- und migrantensensiblen Daten entsprechend dem Indikatorenansatz der Länder zur Gesundheitsberichterstattung (GBE) als lfd. Prozess der Optimierung	<p>Bestandsaufnahme der Indikatoren zur GBE nach gender- und migrantenspezifischen Aspekten</p> <p>Integration weiterer Datenbedarfe in den Indikatorenansatz der Länder zur GBE über die AG GBE, Prävention, Rehabilitation u. Sozialmedizin der AOLG</p>	<ul style="list-style-type: none"> Regelmäßiger Erfahrungsaustausch mit den bezirklichen Verantwortlichen für die GBE (insbesondere QPKs) im Sinne des § 5 GDG Bereitstellung geschlechterdifferenzierter und kultursensibler Daten in einem internetbasierten Informationssystem einschließlich lfd. Aktualisierung (entspr. § 5 GDG) Berücksichtigung geschlechterdifferenzierter und kultursensibler Ansätze bei der Planung von Maßnahmen im Zuge der Umsetzung des Gesundheitszielesystems der LGK 	<p>Sen GUV I A</p> <p>Sen GUV I E, Fachstelle Prävention und Gesundheitsförderung</p>	<p>laufend</p> <p>laufend bis 2011</p>
	Verbesserung des Infostandes zur HPV-Impfung	Durchführung einer koordinierten breit angelegten Aufklärung zur HPV-Impfung	Gemeinsame Herausgabe eines Infoflyers zur HPV-Impfung	BÄK in Kooperation mit Sen GUV IV D, SenBWF und SenWTF, Bezirke, ProFamilia; Gynäkologenverband	bis Sommer 2009 fortlfd.

² Weitere Maßnahmen zur gesundheitlichen Versorgung psychisch kranker und/oder gewaltbetroffener Frauen sind in den Masterplänen „Häusliche Gewalt“ und „Sexuelle Gewalt“ verankert und werden daher an dieser Stelle nicht erneut aufgeführt.

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 6.	
Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 6. Gesundheit			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Suchtprävention im Feld der Suchterkrankungen/ Drogenpolitik	Förderung des Informationsaustausches und der Kooperation der betroffenen Stellen und Personen im Gesundheitssystem und in der Jugendhilfe in Bezug auf geschlechterspezifische Problemlagen	Verbesserung des Wissensmanagements.; Vernetzung der relevanten AkteurInnen	ExpertinnenWorkshop zur Gender-Relevanz in der Suchtprävention und der Anwendung von Gender-Kriterien in der Praxis der Suchtprävention zur Implementierung in die Regelarbeit	Fachstelle Suchtpräev. Sen GU I B Landesdrogenbeauftragte mit externer Unterstützung	2009
	Systematische Berücksichtigung von Gender Diversity Aspekten bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen der Suchtprävention	Ermittlung und Verbreitung von good practice; Handlungsempfehlungen, Vernetzung	<ul style="list-style-type: none"> Identifikation von gendersensibler good practice; Erarbeitung von Handlungsempfehlungen 	Fachstelle Suchtpräev. Sen GUV I B, Landesdrogenbeauftragte	2010
	Verbesserung des Zugangs zu Informationen für unterschiedliche Zielgruppen (Träger/ Betroffene, Risikogruppen wie z. B. suchtkranke Mütter/Väter und deren Kinder)	1) Gender und kultursensible Ansprache von Zielgruppen und 2) Erarbeitung sowie Einsatz geschlechtsdifferenzierter und themenspezifischer Medien	Erstellung und Abstimmung von Strategien (ggf. AG's oder Workshops) zur: <ol style="list-style-type: none"> gengerechten Zielgruppenanalyse und Zielformulierungen für Öffentlichkeitsarbeit zielgruppengerechten Darstellung von Informationen, ggf. unter Berücksichtigung geschlechterdifferenzierter / kulturell differenzierter Medienzugänge 	Fachstelle Suchtpräev. Sen GUV I B Landesdrogenbeauftragte mit externer Unterstützung	2009/ 2010
Migration und Gesundheit	Verringerung der kulturellen und der Zugangsbarrieren im Gesundheitswesen für Frauen	Gender- / kultursensible (Diversity) Analyse der	<ul style="list-style-type: none"> regelmäßige Thematisierung in bereits bestehenden Gremien (z.B. QPK, Amtsärzte) 	Sen GUV Abt. I (I J, I E, I B), Bezirke ÖGD: QPK, FB 1+3	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 6.	
Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 6. Gesundheit			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
	und Männer mit Migrationshintergrund	Zugänge von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund zu den Angeboten des Gesundheitswesens Verbesserte Öffentlichkeitsarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • Workshop/ Tagung zur Defizit-/ Potentialanalyse der Zugänge von Migrantinnen und Migranten mit den Akteurinnen/-en des Gesundheitswesens (z.B. Verwaltung, NGOs, Netzwerk, Forschung, Krankenkassen) 	Fachstelle Prävention und Gesundheitsförderung	Ende 2009/ Anfang 2010
	Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Migrantinnen und Migranten ohne Krankenversicherungsschutz		<ul style="list-style-type: none"> • Umfrage bei Ärztinnen und Ärzten • Prüfung verschiedener Modelle (z.B. Humanitäre Sprechstunde, Anonymer Krankenschein) 	Sen GUV I E, Äk, FHS, BSPH, Sen IAS, Sen Inn, Bezirke, Freie Träger	2010 lfd.
Reproduktive Gesundheit und sexuelle Selbstbestimmung	Verbesserung der Beratung und Hilfeangebote für Mädchen und Frauen, die von Genitalverstümmelung bedroht sind, sofern Gesundheitseinrichtungen davon betroffen sind		erfolgte mit dem Bericht an das Parlament Nov. 2008; darin enthalten eine differenzierte Darlegung von Interventions-, Aufklärungs- und Beratungsangeboten	wurde vorgelegt von Sen GUV I B	2008
	Unterstützung des Prozesses zur rezeptfreien Zulassung der „Pille danach“		zur Zeit keine (Nach Auskunft des ProFamilia Bundesverbandes wäre eine wiederholte – in 2008 gescheiterte – Initiative zur Gesetzesänderung vor der anstehenden Bundestagswahl nicht aussichtsreich)	Umsetzung abhängig von der Entscheidung auf Bundesebene	abhängig von der Entscheidung auf Bundesebene

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 6.
Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 6. Gesundheit			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraum
	Verbesserung des Infostandes werdender Eltern zum Kaiserschnitt	Sachgerechte Info über Risiken, Vor- und Nachteile einer Entscheidung über den Kaiserschnitt bei nicht gegebener zwingender medizin. Indikation, Beratungsmöglichkeiten, Entscheidungen, Entscheidungshilfen	Herausgabe einer Infobroschüre zum Kaiserschnitt	in Kooperation mit dem Berliner Hebammenverband, dem NWFG und SenWTF	ab 2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. II. 3
Senatsverwaltung für Inneres und Sport				Datum	Juni 2009
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 3 Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst	Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen		Durchführung eines Potentialanalyse- Verfahrens zur Identifizierung von Führungskräftenachwuchs Inhouse-Mentoring		I. Quartal. 2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. II. 4	
Senatsverwaltung für Inneres und Sport			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit- rahmen</i>
Vereinbarkeit von Familie und Beruf			Durchführung des Audits Beruf und Familie bei SenInnSport		IV.Quartal 2008/ II.2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 1.
Senatsverwaltung für Inneres und Sport				Datum	Juni 2009
Bezeichnung	Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming Verfahren				
Handlungsorientierung	Externes Verwaltungshandeln				
Verfahren	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Gender Mainstreaming in Aus- und Fortbildungsprogrammen	Gender Mainstreaming im Programm von VAK, IVM, FBZ und ABZ		Durchführung von Workshops/ Seminaren zu den Themenbereichen Personalentwicklung, Gesundheitsmanagement und Gender Budgeting		2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 2.
Senatsverwaltung für Inneres und Sport				Datum	Juni 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Projekt/ Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit- rahmen</i>
Gender Mainstreaming im betrieblichen Gesundheitsmanagement	Geschlechtersensible Gestaltung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements		Erstellung einer Checkliste zur Organisation einer Mitarbeiterinnenbefragung im Kontext Gesundheitsförderung und § 6 VGG (kann allen Verwaltungen zur Verfügung gestellt werden)		IV. Quartal 2008 - II. 2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 2.3.	
Senatsverwaltung für Inneres und Sport			Datum	Juni 2009	
Bezeichnung	Weiterentwicklung von Gender Budgeting				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Projekt/ Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit- rahmen</i>
Gender Budgeting in der Sportförderung	Entwicklung genderpolitischer Ziele in der Sportförderung		Leitprojekt Gender Budgeting und Sportförderung - Workshops zu GM/GB in der Sportabteilung		ist seit 2007 installiert

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. I. 2.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen	(Neu) Erhöhung des Anteils von Auszubildenden mit Migrationshintergrund		Fortführung der Kampagne "Berlin braucht Dich"	IntMig SenInnSport	
	Erhöhung der Zahl der weiblichen Auszubildenden, die nach der Ausbildung vom Betrieb übernommen werden	Festlegung von erreichbaren Zielindikatoren	Abstimmung von möglichen Maßnahmen im Landesausschuss für Berufsbildung	HwK und IHK i.V. mit SenIAS und SenWTF	Beratung im LAB in 2009
	Verminderung der Zahl der Abbrecherinnen in dualer und schulischer Berufsausbildung durch eine verbesserte geschlechtersensible Berufsorientierung und Erhöhung der Zahl von Maßnahmen für Altbewerberinnen	1. Berufsorientierung 2. Altbewerberinnen	1. Darstellung der Maßnahmen im Programm „BvBO“ 2. Darstellung der Maßnahmen der RD BB	1. SenBWF 2. RD BB	
Weiterbildung / lebenslanges Lernen	Erhöhung der Weiterbildungsquote von Frauen in Betrieben in KMU und in der Aufstiegsqualifikation		SenWTF		
	Sicherstellung eines umfassenden und niedrigschwelligen, qualitätsgesicherten Informations- und Beratungsangebots zur Weiterbildung für Frauen und Männer	1. (Re)Zertifizierung der Berliner Bildungsberatungs-einrichtungen nach LQW	„Im Jahr 2008 wurden 8 weitere Bildungseinrichtungen, davon 5 Frauenberatungsstellen nach LQW zertifiziert. Im Jahr 2009 werden das LernNetz Berlin-Brandenburg e.V. –Projektknoten für die 3 Berliner Lernläden und eine weitere Frauenberatungsstelle zertifiziert und die bereits zertifizierten Einrichtungen im Rahmen von Qualitätszirkeln weiter arbeiten. 2010 und 2011 steht die Rezertifizierung der Lernläden und der anderen bisher zertifizierten Einrichtungen an.“	SenIAS II D	2009 ff

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. I. 2.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
		2. Fortsetzung des Erfahrungsaustausches der öffentlich geförderten Berliner Bildungsberatungsstellen	Im Rahmen von KES wird ein Erfahrungsaustausch aller öffentlich geförderten Bildungsberatungseinrichtungen weitergeführt.	SenIAS II D	
	Weiterentwicklung von Beratungskonzepten zu Unterstützungsangeboten für lebenslanges Lernen	Weiterentwicklung des Berliner Bildungsberatungsangebots	Verstetigung und Ausweitung von Beratungsangeboten, die im Rahmen von Modellprojekten erprobt werden	SenIAS, II D	2009
	Verstärkung des arbeitsplatz- und betriebsbezogenen Lernens Entwicklung eines Rahmenkonzeptes zur Anerkennung informellen Lernens am Arbeitsplatz und von non formal erworbenen Fähigkeiten mehr Transparenz über Gestaltung von Übergängen und Quereinstiegsmöglichkeiten	Berücksichtigung im Rahmen der Umsetzung von EQR/DQR	Beteiligung Berlins an den bundesweiten Diskussionen zu DQR/EQR	SenIAS, II A	2009 ff.

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. I. 2.
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales				Datum	Juni 2009
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
	Gezielte Förderung der Weiterbildung von gering qualifizierten und älteren Frauen	Verstetigung von Maßnahmen , die gering qualifizierte und ältere Frauen in Betrieben unterstützen	„Am 2.3.2009 wurde ein „Workshop „Gering Qualifizierte als Zielgruppe Berliner Arbeitsmarktpolitik- mit Geschlechterfokus und frauenpolitischen Strategien“ mit fachlich Interessierten durchgeführt und dokumentiert. Weitere Veranstaltungen sind in Vorbereitung.	SenIAS, II D	2009 ff

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. II. 2.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 2. Arbeitsmarktpolitik			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Qualifizierung	Erhöhung des Qualifikationsniveaus von Frauen sowie von arbeitsmarktlichen Angeboten für formal gering qualifizierte Frauen		Klärung der Zielsetzung, um konkrete Vorgaben zu definieren - Qualifizierungsniveau von Frauen ist zu konkretisieren; ggf. auch nach Altersgruppen	RD BB i. V. mit Abt II	2009
	Erhöhung des Anteils von Qualifizierung insbesondere im Bereich der neuen Technologien, der IuK -Technik und des Managements		Mit den Hauptfinanziers von arbeitsmarktlichen Angeboten und Qualifizierungen (AA und JC) ist nach einer Bestandsaufnahme zu klären, in welchen Bereichen eine Ausweitung des Angebotes nötig und möglich ist	SenIAS und SenWTF, Abt IV	2009
	Bildungsmodule als Ergänzung der von den Jobcentern förderbaren Basisqualifizierung für Teilnehmende an Arbeitsgelegenheiten nach § 16 (3) SGB II, die auch für Nichtleistungsempfangende zugänglich sind sowie Bildungsmaßnahmen außerhalb von Beschäftigung (Integrationsmaßnahmen); Professionalisierungsstrategien/ Qualitätssteigerung im Dienstleistungsbereich	Qualifizierung zur Erhöhung der Vermittlungschancen bzw. Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Frauenanteil soll mind. dem Frauenanteil an gemeldeten Arbeitslosen entsprechen.	Mit dem Förderinstrument „Zusatzjobs & Bildung“ waren bis 09/2008 rd. 219 Maßnahmen mit 2.205 Teilnehmern, darunter 1.307 Frauen verbunden. Bei den Integrationsmaßnahmen waren 125 Maßnahmen mit 2.205 Teilnehmern, darunter 1.307 Frauen zu verzeichnen. Weitere Maßnahmen werden kontinuierlich unter Maßgabe der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zum größten Teil ESF-Mittel der neuen Förderperiode bis 2013 eingerichtet.	SenIAS, Ref. II C	Jährlich bis 2013
Beschäftigung	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Angeboten des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors	Darstellung in den Statistiken	Erfolgt wie in den anderen Programmen der Berliner Arbeitsmarktpolitik auf Maßnahmen- und Programmebene	SenIAS IIC	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. II. 2.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 2. Arbeitsmarktpolitik			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitra- men</i>
	Durchsetzung des Allgemeines Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) durch Aufklärung und Information für Betroffene	Öffentlichkeit sensibilisieren; Beratungsinfrastruktur stärken;	Forcierung der antidiskriminierungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit; mehrsprachige Informationsmaterialien zum AGG; Vernetzung unter Beratungsprojekten stärken und fachlichen Austausch fördern; Zielgruppenbezogene Fortbildung/Qualifizierungen zur Antidiskriminierungsberatung realisieren; Mehrfachdiskriminierung in den Focus nehmen: Diversity-Ansätze in der Berliner Wirtschaft fördern	SenIAS, LADS SenWTF	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 2.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 2. Ältere Frauen			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeiträumen
Neue Altersbilder	Darstellung von Optionen im Alter Erhöhung der Selbstständigkeit der Lebensführung	Problematisierung negativer und tradierter Altersbilder	Zur Korrektur von überholten Altersbildern und zur Erhöhung der Selbstständigkeit in der Lebensführung beizutragen, gehört zu den Leitlinien der Berliner Politik für Senioren und Seniorinnen. Durchführung der Fachtagung „Altersdiskriminierung – (k)ein Thema?“ Organisation von zielgruppenorientierter Folgeworkshops (unter Einbezug gender- und migrationsrelevanter Fragestellungen) Realisierung einer Antidiskriminierungsqualifizierung für zentrale Beratungsstellen im Handlungsfeld ältere Menschen	SenIAS ; (I D; LADS) zivilgesellschaftliche Akteure (Landesseniorenbeirat) Medien	2008 - 2011
Bürgerschaftliches Engagement	Erhöhung der Zahl sich engagierender Frauen Erhöhung des Anteils von Frauen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in dem Aufwandsentschädigungen üblich sind (auch im Sport)		Ausweislich des Freiwilligensurvey 2004 (FWS 2004) liegt der Anteil der sich ehrenamtlich engagierenden Männer mit 39% in der Tat höher als der sich allerdings sukzessiv erhöhende Anteil von Frauen mit 32%. Handlungsbedarf für spezifische Frauenförderpläne zu Erhöhung der Engagementquote ist angesichts des signifikanten Trends der Angleichung der Geschlechter nicht erkennbar. Genderorientierte Auswertung des 3. Freiwilligensurveys 2009, ggf. im Rahmen eines GM-Projekts	SenIAS	2009
	Verstärkte Nutzung des bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung der Beziehungen zwischen den Generationen und zwischen den Kulturen		Insb. in den Stadtteilzentren wird das BE als Element der Stärkung der Beziehungen zwischen den Generationen und Kulturen permanent weiterentwickelt.	SenIAS	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 2.
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit				
Handlungsfeld:	IV. 2. Ältere Frauen				
Pflege	<p>Gerechtere Verteilung der Pflegearbeit zwischen den Geschlechtern (z.B. durch besondere Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen)</p> <p>Sicherstellung der gewünschten Pflege durch Pflegepersonen des eigenen Geschlechts</p>	<p>Vermehrte Teilnahme männlicher Interessenten an den von den Pflegekassen angebotenen Pflegekursen</p>	<p>Im Rahmen ihrer Kursangebote für Angehörige und andere ehrenamtliche Helfer können die Pflegekassen speziell männliche Pflegepersonen werben.</p>	Pflegekassen	2009
	<p>Verbesserung der Kenntnisse über Anforderungen und Defizite in Bezug auf den Pflegebedarf älterer Frauen</p> <p>Unterstützung und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige</p>		<p>Im Rahmen der Pflegeversicherung werden weiterhin eine Reihe von Pflegeangeboten bereit gestellt, die insbesondere die Entlastung pflegender Angehöriger im Blick haben. Dazu gehören Verhinderungspflege, Kurzzeitpflege, Tagespflege, zusätzliche Betreuungsleistungen bei Demenz sowie Pflegekurse.</p> <p>Im Zuge zunehmender Singularisierung entwickeln sich auf dem Markt neue Wohnformen und Angebote wie beispielsweise Wohngemeinschaften und andere betreute Wohnformen.</p>	Bund	
Ältere Migrantinnen	<p>Verbesserung der Datenlage</p> <p>Interkulturelle Professionalisierung der Altenhilfe</p> <p>Bessere Information und</p> <p>Stärkung der Akzeptanz von Hilfeangeboten</p> <p>Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements</p>		<p>Im Rahmen des LIGA-Vertrages werden Projekte der sozialen Versorgung in Berlin gefördert und weiterentwickelt. Dabei sind Ansätze zum Gender Mainstreaming, zur Sozialraumorientierung im Sinne einer besseren Vernetzung vorhandener Hilfsangebote, zur interkulturellen Öffnung sozialer Dienste und zur Förderung freiwilliger sozialer Arbeit – wie vom Land Berlin vorgegeben – unter Beachtung der projektspezifischen Besonderheiten und im Rahmen der verfügbaren Mittel zu berücksichtigen.</p> <p>Einrichtung eines „Kompetenzzentrums interkulturelle Öffnung der Alterhilfe“ im September 2007</p>	SenIAS	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 3.
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit				
Handlungsfeld:	IV. 3. Behinderte Frauen				
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Behinderte Menschen mit Kindern	Stärkung der Selbstständigkeit durch verbesserte Unterstützungsangebote	Regelungskonforme Umsetzung der Schul-KommVO	Begleitung der Umsetzung	SenIAS; SenBWF; Bezirke	1 Jahr
Erwerbstätigkeit	Unterstützung behinderter Frauen bei Existenzgründung und Unternehmensführung Beschäftigungsförderung und verbesserte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt		Um der steigenden Nachfrage nach kompetenter Beratung für behinderte Existenzgründer und Existenzgründerinnen gerecht zu werden, wird aus ESF-Mitteln das Projekt „Enter Ability“ gefördert.	SenIAS (Integrationsamt, LA-GeSo, Abt. II)	2009 laufend
Frauen mit Migrationshintergrund	Erleichterung des Zugangs für Frauen mit Migrationshintergrund und behinderten Kindern zum System der Behindertenhilfe	Verbesserung der Information zum System der Behindertenhilfe Identifizierung von Hemmschwellen und Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zu deren Abbau	Fachliche Abstimmung, Erstellung und Veröffentlichung der Broschüre „Mein Kind ist behindert“ Förderung eines Modellprojekts in Friedrichshain-Kreuzberg	SenIAS; IntMig; SenBWF; Sen GUV SenIAS/ IntMig	1 Jahr (Ende 2009)

In diesem Handlungsfeld mit einem typischen Querschnittscharakter wurden die Zielsetzungen noch nicht mit Maßnahmen und Aktivitäten umgesetzt, für die andere Senatsverwaltungen zuständig sind. Eine Klärung hierzu muss noch herbeigeführt werden.

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 4.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 4. Lesbische Frauen			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Schule/ Bildung/ Jugendhilfe	Förderung der Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen, Abbau homosexuellenfeindlicher Einstellungen Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung und sozialen Einbindung von jungen Menschen/ Schülerinnen verschiedener sexueller Identität Wahrnehmung und Gleichbehandlung von Lesben (-paaren) mit Kindern in Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen	Information von Multiplikator/innen/ Verantwortlichen für Schule	Fachgespräch mit Schlüsselpersonen in der SenBWF, Konzept und Ergebnis-kontrolle	SenIAS, LADS und SenBWF, LSR	Ergebnisse bis Ende 2009
Alter	Wahrnehmung und Akzeptanz der besonderen Lebenserfahrungen und –situationen lesbischer Frauen in den Tätigkeitsfeldern der Seniorenarbeit und Pflege	Sensibilisierung der Verantwortlichen in den Bezirken	Fachgespräche zum Thema in den Bezirken; Abt. Soziales- Senioren; Koordinierungsstellen rund ums Alter (Vorbild: Fachtag in Neukölln mit Rad und Tat e.V.)	SenIAS, I D; Bezirke; Freie Träger, u. a. Koordinierungsstellen; Rad und Tat e.V.	Ende 2010
Recht / AGG	Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften im Versorgungs- und Steuerrecht Wahrnehmung und Abbau von Diskriminierungen lesbischer Frauen	Gleichbehandlung in den Versorgungswerken; bei der Erbschaftssteuer.	Mitwirkung an Gesetzgebungsverfahren Berlin & Bundesrat Weiterentwicklung der Beratungsnetzwerke in Diskriminierungsfällen Dokumentation von Diskriminierungsfällen	SenIAS, LADS; SenWTF; SenInn; SenIAS, LADS	laufend

**In diesem Handlungsfeld mit einem typischen Querschnittscharakter wurden die Zielsetzungen noch nicht mit Maßnahmen und Aktivitäten unter-
setzt, für die andere Senatsverwaltungen zuständig sind. Eine Klärung hierzu muss noch herbeigeführt werden.**

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. V. 1.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		V. Integration			
Handlungsfeld:		V. 1. Gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbsleben			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Bildung / Erwerbstätigkeit	<p>Erhöhung der Zahl der beruflichen Bildungsabschlüsse von Migrantinnen</p> <p>Steigerung des Anteils von Migrantinnen in qualifizierten Berufen</p> <p>Erweiterung des Berufswahlspektrums von Migrantinnen (s. A I.2.)</p> <p>Steigerung des Anteils von Migrantinnen in der beruflichen Nachqualifikation (s. A I.2.)</p> <p>Sicherstellung einer kultur- und gendersensiblen Berufsberatung (s. a. A I. 2.)</p>	Fortführung, Weiterentwicklung und Ausweitung der Ausbildungsprogramme, die sich an junge Migranten und Migrantinnen richten;	<p>Konsequente Umsetzung der Vorgabe der geschlechterparitätischen Besetzung der Maßnahmenplätze;</p> <p>Regelmäßige geschlechterdifferenzierte Analyse in Bezug auf Teilnahme- und Verbleibsdaten, insbesondere bei den Programmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - „Ausbildung in Sicht“ (AiS) - „Loop“ - „Berlin braucht Dich“ 	SenIAS, kooperierende Bildungsträger, HWK, IHK, Bezirksamter, Jobcenter, Migrantenselbstorganisationen	2009 - 2010
	Angebote zur Entwicklung von Diversity Ansätzen und Interkultureller Kompetenz in Verwaltung und Unternehmen	Erhöhung des Bewusstseins für die Potentiale, die sich aus einem/er diversityorientierten Personalmanagement und Kundenorientierung ergeben.	Ausweitung des Projekts „Interkulturelle Öffnung der Job-Center“	IntMig; Jobcenter	2009 - 2010
			Umsetzung der Verpflichtungen, die sich aus dem Beitritt des Landes Berlins zur Charta der Vielfalt ergeben	Ressortübergreifende Aufgabe	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. V. 1.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		V. Integration			
Handlungsfeld:		V. 1. Gleichberechtigte Teilnahme an Bildung und Erwerbsleben			
<i>Handlungsfeld</i>		<i>Zielsetzung</i>		<i>Teilziele</i>	
			<i>Maßnahme / Aktivität</i>		<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>
			Unterstützende Werbung für den Diversity-Ansatz bei Berliner KMU		SenWTF
					<i>Zeitraumen</i>

In diesem Handlungsfeld mit einem typischen Querschnittscharakter wurden noch nicht alle Zielsetzungen mit Maßnahmen und Aktivitäten umgesetzt, für die andere Senatsverwaltungen zuständig sind. Eine Klärung hierzu muss noch herbeigeführt werden.

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. V. 2.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	V. Integration
------------------	----------------

Handlungsfeld:	V. 2. Recht auf Selbstbestimmung
----------------	----------------------------------

--	--

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
Gesellschaftliche Teilhabe/ Partizipation	Unterstützung der Entwicklung selbstbestimmter Lebensentwürfe	Akzeptanz dafür schaffen, dass selbstbestimmte Lebensentwürfe z.B. das Leben in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft oder Kopftuchtragen heißen kann.	Aktionen zur Verständnisförderung wie z.B. „Runder Tisch gegen Homophobie und Rassismus“ Abbau von Vorurteilsstrukturen und Thematisierung diskriminierender Verhaltensweisen	IntMig, SenWTF, LADS	kontinuierlich
	Höhere Beteiligung von Migrantinnen in Gremien		Beachtung der Zielsetzung der Geschlechterparität in der Zusammensetzung des Integrationsbeirates und weiterer im Handlungsfeld relevanter Gremien	IntMig, Bildung, Wirtschaft, Inneres	kontinuierlich
			Konsequente Umsetzung der Empfehlung im Landesbeirat vom 14.03.2007 bei der Zusammensetzung von Gremien und Ausschüssen der Senatsverwaltungen, nachgeordneter Behörden und der Bezirke Migrantinnen und Migranten zu berücksichtigen, insbesondere zunächst in <ul style="list-style-type: none"> • Berliner Vollzugsbeirat SenJust • Landeskommision Berlin gegen Gewalt - SenInnSport • Stiftungsrat Jugend –und Familienstiftung SenBildWiss • Landesjugendhilfeausschuss SenBildWiss 	IntMig, Bildung, Wirtschaft, Inneres	kontinuierlich
	Einbindung der communities		Beteiligung der Communities durch Wahl von Migrantenvverteterinnen und Migrantenvvertetern in den Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen in einem Rhythmus von 2 Jahren und durch Wahl einer Vertretung der ausländischen Bevölkerung von Berlin und Brandenburg in den Rundfunkrat Berlin-Brandenburg in einem Rhythmus von 4 Jahren		kontinuierlich
			Im Islamforum nehmen ebenfalls Vertreter/innen der muslimischen Organisationen teil. Auf die Geschlechterparität in der Zusammensetzung muss intensiver hingewirkt werden.		kontinuierlich

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. V. 2.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	V. Integration
------------------	----------------

Handlungsfeld:	V. 2. Recht auf Selbstbestimmung
----------------	----------------------------------

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
	Anerkennung von migrationspezifischen Erfahrungen und Kenntnissen als Ressourcen	Wertschätzung gegenüber Zweisprachigkeit erhöhen	Angebote, die Zweisprachigkeit befördern, Aufklärung in Schulen, bei Arbeitgebern, dass Zweisprachigkeit ein Potenzial und eine Ressource darstellt. Forcierung von Diversity-Prozessen in der Verwaltung und in der Wirtschaft	SenIAS und jeweils zuständige Ressorts; SenWTF	laufend
	Interkulturelle Öffnung der Regeldienste		Einen chancengleichen Zugang zu Leistungen der Verwaltungen und Dienste sowie eine gleichwertige Versorgungsqualität zu gewährleisten, ist ein zentrales integrationspolitisches Ziel. Modellvorhaben in ausgewählten Einrichtungen wie Job-Center. Weitere Maßnahmen u.a. Monitoring, Beschwerdemanagement; ggf. bedarfsgerechte Angebote für bestimmte Zielgruppen schaffen, die ausschließlich von Migrantinnen genutzt werden.	IntMig und jeweils zuständige Ressorts;	laufend
Häusliche Gewalt	Sicherstellung, dass Beratungs- und Hilfeangebote bei den Betroffenen ankommen;		Aktualisierung des Wegweisers für von häuslicher Gewalt betroffene Migrantinnen Gezielte Verteilung von Informationsmaterialien Thematisierung der Problematik in den Integrationskursen	Federführung: SenWTF (Frauen); IntMig	2009 Laufend 2009/ 2010
	Entwicklung von Handlungsstrategien in Kooperation mit den Communities		Aufbau/ Intensivierung des Kontaktes mit den Communities Multiplikatoren/ -innenschulungen	Sen WTF; IntMig	laufend
Zwangsverheiratungen	Verbesserung der Aufenthaltsrechtlichen Bedingungen		Ausschöpfen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf ein eigenständiges Aufenthalts- sowie Rückkehrrecht	SenInnSport SenWTF (Frauen); IntMig	laufend
	Entwicklung von Handlungsstrategien in Kooperation mit den Communities		Aufbau/ Intensivierung des Kontaktes mit den Communities u. a. zu religiösen Autoritäten	SenWTF (Federführung); IntMig	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. V. 2.	
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		V. Integration			
Handlungsfeld:		V. 2. Recht auf Selbstbestimmung			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
	Sicherstellung der Sensibilisierung von in Frage kommenden Berufsgruppen;		Fortbildungen (Jugendämter, Schulen, LABO etc.)	SenWTF	
	Sicherstellung, dass Beratungsangebote zum Thema Zwangsverheiratung bei Betroffenen ankommen		Prüfung der Finanzierbarkeit einer online-Beratung	SenWTF	
Antidiskriminierung	Abbau von Diskriminierungen; konsequente Umsetzung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) insbesondere hinsichtlich der Merkmale Geschlecht, ethnischen Herkunft, Religion und sexuellen Identität	Öffentlichkeit sensibilisieren; Beratungsinfrastruktur stärken;	Forcierung der antidiskriminierungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit; mehrsprachige Informationsmaterialien zum AGG; Vernetzung unter Beratungsprojekten stärken und fachlichen Austausch fördern; Zielgruppenbezogene Fortbildung/Qualifizierungen zur Antidiskriminierungsberatung realisieren; Mehrfachdiskriminierung in den Focus nehmen.	SenIAS (LADS), zivilgesellschaftliche Akteure	laufend

In diesem Handlungsfeld mit einem typischen Querschnittscharakter wurden noch nicht alle Zielsetzungen mit Maßnahmen und Aktivitäten umgesetzt, für die andere Senatsverwaltungen zuständig sind. Eine Klärung hierzu muss noch herbeigeführt werden.

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 1.
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales				Datum	Juni 2009
Bezeichnung		Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming Verfahren			
Handlungsorientierung		Externes Verwaltungshandeln			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen	Gender Mainstreaming im Bereich der beruflichen Integration von Frauen und Männern mit Behinderungen		Genderanalyse der ziel-/ wirkungsorientierten Evaluationsstudie zur Ausgleichs- abgabe	SenIAS, LAGeSo	2009
Antidiskriminierung	Synergieeffekte von Chancengleichheitsstrategien identifizieren und verstärken		Abteilungsübergreifender Workshop zum Zusammenspiel verschiedener Chancengleichheitsstrategien in der Verwaltung	SenIAS; LADS	2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 2.
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales				Datum	Juni 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Betriebliche Gesundheitsmanagement	SenIAS und LAGeSo: Wandel des Konzeptes "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" zu "Work-Life-Balance" (Miteinbeziehung von Familie und Partnerschaft, Körper und vor allem Gesundheit, Freizeit und Hobbies etc.), auch unter dem Aspekt der demographischen Entwicklung		Durchführung eines Workshops "Geschlechter in Balance" Analyse der geschlechtsbezogenen Bedürfnisse im Gesundheitsbereich unter Berücksichtigung psychosozialer Aspekte	SenIAS; LAGeSo	2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 2. 1.	
Senatsverwaltung für Justiz			Datum		Juni 2009
Bezeichnung		Weitere Implementierung von Gender Mainstreaming Verfahren			
Handlungsorientierung		Externes Verwaltungshandeln			
Verfahren	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Gender Mainstreaming im Strafvollzug	Moderner Frauenvollzug und Gender-Gerechtigkeit	Gendersensible Analyse zur Bewältigung geschlechtsspezifischer Gewalt im Gefängnis sowie zur Ausrichtung gesetzlicher Vorgaben	Geschlechtergleichstellung soll sich nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen beschränken, sondern alle Maßnahmen und Konzepte des Vollzuges einer „Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung“ unterziehen. Dazu sollen vollzugliche Gesetze und Verordnungen, kriminalpolitische Grundsatzüberlegungen, Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und die etwaigen Auswirkungen bei der Festlegung und Umsetzung berücksichtigt werden.	Kooperationspartner in der JVA f. Frauen	<p>Mai 09 – Juli 09 Dokumentenanalyse (Strafvollzugsgesetz, Verordnungen u. a. relevante Dokumente)</p> <p>Juli 09 – Dez. 09 Workshops zu Grundlagen und Instrumenten für geschlechtergerechtes Arbeiten im Projekt (diskriminierungsfreie Sprache, relevanten Genderaspekten des StVollzG, Vorschriften und Praxisabläufen)</p> <p>Jan. 10 – Dez. 10 Gender Impact Assessment Materialien zu ausgemachten Themenfeldern (Sicherheit, Gewalt, Medizinische Versorgung, Bildungsangeboten, Arbeit, Qualifizierung, Behandlungsangeboten, Sozialen Hilfen)</p> <p>Jan. 11 – März 11 Berichte und Darstellung der Ergebnisse</p> <p>März 11 – Dez. 11 Reorganisation, Verbesserung, Entwicklung und Evaluation von Entscheidungsprozessen im Frauenvollzug</p>

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 2.
Senatsverwaltung für Justiz				Datum	Juni 2009
Bezeichnung		Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten			
Handlungsorientierung		Internes Verwaltungshandeln			
Instrument	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
Gender Mainstreaming in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Geschlechtersensible Berichterstattung		Beteiligung an AG unter Leitung der Senatskanzlei		Grundsätze des GM werden bei Pressearbeit fortlaufend beachtet.
Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung	Entwicklung von Leitlinien zum GM für Führungskräfte		Genderanalysen im Rahmen des Berichtswesens		Fortlaufende Beobachtung und Auswertung im Rahmen der Erstellung des Frauenförderplans und des regelmäßigen Berichtswesens
	Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und Gremien		Aufstellung geschlechtsspezifischer Statistiken im Rahmen des Frauenförderplans		Fortlaufende Motivation der Mitarbeiterinnen
	Generationengerechtes und geschlechtssensibles Personalmanagement		Förderung von Ressourcen zum langen Erhalt der Arbeitsfähigkeit und Gesundheit durch Maßnahmen des Gesundheitsmanagements		2009-2010
Gender Mainstreaming im Bereich des	Verbesserung der Gesundheitsversorgung und Prävention am Arbeitsplatz	Durchführung der Befragung 2009	Mitarbeiter/innen- Befragung im Kontext der betrieblichen Gesundheitsförderung und gem. § 6 VGG Analyse des Betrieblichen Eingliederungsmanagement unter Genderaspek-		Nach Auswertung der MA Befragung

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 2.
Senatsverwaltung für Justiz				Datum	Juni 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Projekt/ Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit- rahmen</i>
betrieblichen Gesundheitsmanagements in der Berliner Verwaltung			ten und Erarbeitung einer standardisierten Gesundheitsberichtserstattung Mitarbeit in AG, um mit der VAK eine Unterstützung für dieses Vorhaben zu entwickeln		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. II. 3
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung				Datum	Juni 2009
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 3 Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst/ Landesgleichstellungsgesetz	Integration von Gleichstellung in Personal- und Organisationsentwicklungskonzepten		Grundsätzliche Teilnahme von Frauen und Männern an OE-Prozessen (ggf. senkrecht zur Hierarchie)		
	Genderkompetenz-Entwicklung - Erkennen persönlicher Konnotationen		Genderkompetenz als Basiskompetenz in Anforderungsprofilen bei SenStadt Fortsetzung strukturierter Auswahlverfahren		
	Anpassung von Anforderungsprofilen und Differenzierung von Führungsaufgaben		Entwicklung von Bildern zu Väterarbeit und Frauen in Führungspositionen		
			Stärkung der „Arbeit in Projekten“		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. III. 1.
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	III. Demografie				
Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt				
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitrahmen</i>
Neue Wohnformen, Baugruppen/ -gemeinschaften	Stärkung des innerstädtischen Wohnens und Lebens durch Schaffung neuer Angebote als Alternative zum Wegzug ins Umland	Stabilisierung überforderter Nachbarschaften	Senatsbeschluss S-913/ 2007;	SenStadt I i.V.m. IV, SenFin, Liegenschaftsfonds Berlin GmbH	12/2007
	Förderung gemeinschaftlicher und generationsübergreifender Wohnformen	Nachhaltige Nutzung sozialer Infrastruktur in innerstädtischen Quartieren	Ausschreibung von 5 landeseigenen Grundstücken („Testportfolio“) im Festpreisverfahren für Baugemeinschaften durch den Liegenschaftsfonds Berlin		07/2008
			Durchführung eines strukturierten, zweistufigen Vergabeverfahrens Vergabe der 5 Grundstücke des Testportfolios		09-12/2008
			Einrichtung der „Netzwerkagentur Generationen Wohnen“		vorr. 06/2009
Genossenschaftliches Wohnen als selbstbestimmte Wohn- und Lebensform	Stärkung genossenschaftlichen Wohnens als dritte Säule des Wohnungsmarktes Stärkung von anteilsorientierten Anlageformen als Alternative zur klassischen Eigentumsbildung	Genossenschaften als selbstbestimmte Wohn- und Lebensformen – durch Anwendung von Gendekriterien innovative Ansätze der Qualitätssicherung im Kontext des demografischen Wandels entwickeln	Entwicklung und Begleitung von Pilotprojekten in den Genossenschaften Zusätzlich projektübergreifende Workshops zur Qualifizierung des Gesamtprojekts und des Instrumentenkoffers	SenStadt IV; ZSB 1, i. V. m. I (Rahmenstrategie und Demographiekonzept) Genossenschaften	bis Ende 2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. III. 1.
---	---------------------

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Datum	Juni 2009
---------------------------------------	-------	-----------

Herausforderung:	III. Demografie
------------------	-----------------

Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitrahmen</i>
	Stärkung bedürfnisorientierter Angebote für Frauen durch Unterstützung kleinerer selbstorganisierter Projekte (gendergerechte Wohnungen und Quartiere)	Genderkompetenzbildung in Genossenschaften entwickeln;	Beteiligungsverfahren zur gendergerechten Planung eines mehrgenerationenorientierten Innenhofes Gender-Beratung zum Marketing einer Genossenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Zielgruppe Frauen		
	Förderung der Altersversorgung von Frauen durch die Einbeziehung genossenschaftlichen Wohnens in die staatliche Förderung der Altersvorsorge	Genossenschaftliches Wohnen für unterschiedliche Familienformen der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen und dadurch attraktiver gestalten;			
	Stärkung der Beteiligung von Frauen in den Genossenschaften	Potentiale genossenschaftlichen Wohnens speziell für Frauen stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken, Kriterien zur altersgerechten Bestandanpassung entwickeln	Entwicklung eines Konzepts für die altersgerechte Bestandanpassung einer Genossenschaft und eines entsprechenden Kommunikationskonzepts		
	Stärkung und Sichtbarkeit und Akzeptanz verschiedener sexueller Identitäten und Lebensformen in gemeinschaftlichen Wohnformen				

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. III. 1.	
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		III. Demografie			
Handlungsfeld:		III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraum
	Stärkung der kulturellen Vielfalt im genossenschaftlichen Wohnen durch stärkere Beteiligung/ Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund als Mitglieder				
Zukunftsinitiative <i>Stadtteil</i> mit den Teilprogrammen: - Soziale Stadt - Stadterneuerung - Stadtumbau Ost / West - Bildung im Quartier	Stabilisierung und Regenerierung von Quartieren Anpassung von Gebieten an neue Nutzungsanforderungen Stärkung der Standortqualitäten und lokalen Innovationspotenziale	- Förderung von lokaler Ökonomie und Beschäftigung - Förderung bürgerschaftlichen Engagements - Verbesserung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen - Verbesserung der Qualität der städtischen Umwelt	Berücksichtigung der Querschnittsziele Gender Mainstreaming und Integration bei der Entscheidung über Förderanträge	SenStadt IV Förderstellen der Bezirke	laufend
Flexible und familiennahe Dienste	Unterstützung bedarfs- und gendergerechter Gemeinschaftsbereiche Stärkung der Infrastruktur zur nahräumlichen Grundversorgung Möglichst langes eigenständiges Wohnen im Alter durch	▪ Sicherung der Einzelhandels-Nahversorgung	Steuerung der Einzelhandels- und Zentrenentwicklung durch ▪ Stadtentwicklungsplan Zentren (Teil 1) ▪ Stadtentwicklungsplan Zentren 2020 (Teil 2) ▪ Fortschreibung Stadtentwicklungsplan Zentren (ab 2010) ▪ Ausführungsvorschriften über großflächige Einzelhandelseinrichtungen für das Land Berlin (AV Einzelhandel)	SenStadt I A (Tonndorf, Plate) SenWiTechFrau IHK Berlin Handelsverband Berlin-Brandenburg	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. III. 1.	
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		III. Demografie			
Handlungsfeld:		III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
	<p>Förderung bedarfsgerechter Serviceangebote im Wohnumfeld</p> <p>Entlastung von insbesondere weiblichen pflegenden Angehörigen z.B. durch Ansiedlung von Pflegeservice vor Ort</p> <p>Förderung sozialer Nachbarschaften</p> <p>Förderung der Selbsthilfe- und Nachbarschaftshilfepotenziale der „Generation 50+“</p>		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Orientierungsrahmen für bezirkliche Zentrenkonzepte ▪ Bund-Länder-Programm Aktive Stadtzentren <p>Wettbewerb „MittendrIn Berlin! die Zentren-Initiative“</p>		
Mobilität / Barrierefreiheit	Integration der unterschiedlichen Mobilitätsanforderungen in die Stadt- und Verkehrsplanung	<p>Öffentliche Ziele im Sinne der Daseinsvorsorge:</p> <p>1. Gleichwertige Mobilitätschancen für alle Berlinerinnen und Berliner, das heißt Gewährleistung des Zugangs zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Einkaufs- und Freizeitzielen und zum gesellschaftlichen Leben auch ohne verfügbares Auto</p>	<p>Haltestellendichte / Erschließungsstandards:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Sicherstellung einer guten ÖPNV-Erschließung, insbesondere von Wohngebieten, mit kurzen Fußwegen zur nächsten Haltestelle durch folgende Vorgaben: ▪ Für mindestens 80% der Bevölkerung soll die Entfernung zur nächsten Haltestelle nicht mehr als 300 m betragen, für 96% der Bevölkerung nicht mehr als 500 m. ▪ Es gelten gleiche Erschließungsstandards für alle Verkehrsmittel (S- und U-Bahn, Bus, Tram). Die in der Vergangenheit erfolgte Differenzierung der zulässigen Entfernung nach Verkehrsmittel, die zum Teil deutlich längere Fußwege vorsah, z.B. 1000 m bei der S-Bahn, wird aufgehoben. 	VII C 2, C 21	<ul style="list-style-type: none"> ▪ NVP 2006-2009 ▪ Überprüfung und ggf. Anpassung der Standards im Rahmen der NVP Forschung 2010-2014

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. III. 1.	
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			Datum		Juni 2009
Herausforderung:		III. Demografie			
Handlungsfeld:		III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
		2. Berücksichtigung spezifischer Nutzergruppen der Belange (Mobilitätseingeschränkte Personen, ältere Fahrgäste, Familien mit Kindern) 3. Gewährleistung der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming)	<ul style="list-style-type: none"> Umsetzung der jeweils aktuellen NVP Standards erfolgt durch Verkehrsverträge zwischen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen / (Verträge bestehen mit BVG sowie im S-Bahn- und Regionalverkehr) 		
		siehe 1. bis 3. ergänzend zu 2: Berücksichtigung der besonderen Mobilitätsanforderungen der im Dienstleistungsbereich mehrheitlich tätigen weiblichen Berufstätigen (Verknüpfung von Familie und Beruf) sowie Beschäftigten ohne eigenes Auto	Bedienungsstandards: <ul style="list-style-type: none"> Verkehrszeiten und Taktichte wurden unter Abwägung der ökonomischen Rahmenbedingungen an die gesellschaftlichen Trends (veränderte Ladenöffnungszeiten abends) angepasst. Im Wochenendfrühverkehr setzt an Samstagen der Tagesverkehr bereits um 5.30 Uhr ein, es erfolgt keine Ausdünnung des Angebotes vergleichbar dem Sonntagsfrühverkehr 		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. III. 1.
---	---------------------

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Datum	Juni 2009
---------------------------------------	-------	-----------

Herausforderung:	III. Demografie
------------------	-----------------

Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
		siehe 1. bis 3. <ul style="list-style-type: none"> ▪ ergänzend zu 2.: Berücksichtigung der besonderen Mobilitätsanforderungen von Personengruppen, die täglich eine Vielzahl unterschiedlicher Wege (Arbeit, Schule, Kinderabholung, Einkauf, Freizeit) zurücklegen (müssen) 	Erreichbarkeit und kleinräumige Erschließung: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Im NVP werden Standards für die Erreichbarkeit von Zentren und wichtigen Zielen im Stadtgebiet festgelegt, die im Tagesverkehr eine Begrenzung der Fahrtzeit sowie der Umsteigevorgänge vorsehen. • Auf Ebene der Produktpalette des ÖPNV wird die Vorgabe gemacht, die Erschließung in abgegrenzten Stadtteilquartieren durch Kiezverkehre als kleinräumige Verkehrsangebote zu verbessern, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist. 		
		siehe 1. bis 3. 4. Ausbau eines barrierefreien ÖPNV auf Grundlage des Behindertengleichstellungsgesetzes aus dem Jahr 2002 sowie im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung	Barrierefreiheit: Es gelten folgende Anforderungen an barrierefrei nutzbare Stationen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung kurzer, direkter, stufenloser und hindernisfreier Wegeverbindungen zur und innerhalb der Stationen; ▪ stufenloser Zugang zum Bahnsteig und zum Haltestellenbord durch Bordabsenkungen (Bus, Straßenbahn) und Aufzüge/Rampen (Schnellbahn); Fahrtreppen bieten dagegen keine barrierefreie Erreichbarkeit ▪ räumliche Gestaltung mit guten Kontrasten und ausreichender Ausleuchtung; ▪ barrierefrei zugängliche statische Informationen, Liniennetzpläne, Fahrpläne, Abfahrtinformationen (siehe Kapitel III.4.9). 		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. III. 1.
---	---------------------

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Datum	Juni 2009
---------------------------------------	-------	-----------

Herausforderung:	III. Demografie
------------------	-----------------

Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt
----------------	--

Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
		<p>5. Verbesserung der barrierefreien Nutzbarkeit von Stationen (S-Bahn: von 72% auf 80% bis</p> <p>2009, d.h. 9 zusätzliche Stationen; BVG: von 36% auf 45%, d.h. 14 zusätzliche Stationen)</p>	<p>Bei S- und U-Bahn-Stationen und weiteren Haltestellen mit besondererverkehrlicher Bedeutung sind zusätzliche Standards zu sichern:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewährleistung der akustischen und optischen Bereitstellung von verständlichen aktuellen und besonderen dynamischen Informationen; akustische Informationen an Stationen in der Nähe von Bebauung nur, soweit dies nach Abwägung mit Interessen des Lärmschutzes vertretbar ist; ▪ präzises und deutliches Wegeleitsystem; ▪ Aufsichts- und Betreuungspersonal bzw. <p style="padding-left: 20px;">Notruf- und Informationssäulen.</p> <p>weitere Vorgaben sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewährleistung der Nutzbarkeit der Aufzüge: die durchschnittliche Verfügbarkeit der Aufzüge und fahrzeuggebundener Einstiegshilfen soll mindestens 98% betragen. ▪ Blindenleitsystem: Bahnhöfe und Haltestellen sind insbesondere im Zuge von Sanierungs- oder Umbaumaßnahmen mit einem Blindenleitsystem in Form von Leitstreifen aus optisch und taktil kontrastierenden Bodenindikatoren auszustatten 		
		<p>siehe 1. bis 3.</p> <p>ergänzend zu 2.: Berücksichtigung geschlechter- und altersspezifische Bedürfnisse bei</p>	<p>Sicherheit:</p> <p>Stationen und Fahrzeuge sind bei Neu- und Umbau sicherheitsorientiert zu gestalten. Dies erfordert vor allem Transparenz und Übersichtlichkeit</p> <p><u>Baulich/technische Maßnahmen an Stationen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Transparente, übersichtliche Gestaltung (Helligkeit, Einsehbarkeit, leichte Orientierung) bei Neu- und Umbau von Zugangsbereichen, Verteilerebenen und Warte- bzw. Ein-/ Ausstiegsbereichen 		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. III. 1.
---	---------------------

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Datum	Juni 2009
---------------------------------------	-------	-----------

Herausforderung:	III. Demografie
------------------	-----------------

Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
		<p>der Fortschreibung der Sicherheitskonzepte der Verkehrsunternehmen insbesondere bei der vom Fahrgast empfundenen subjektiven Sicherheit</p>	<p><u>Technische Maßnahmen an Fahrzeugen:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Übersichtliche Fahrgasträume ▪ Einsicht in alle Fahrzeugbereiche auch von außen ▪ Durchgang, mindestens aber Durchsicht zum Nachbarwagen ▪ Sprechstellen zum Zugfahrer ▪ Notbremseinrichtungen in der Regional- und S-Bahn sowie an U-Bahnhöfen <p>Betriebliche Maßnahmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Abends/nachts Ausstieg auch zwischen Bushaltestelle <p>Taxiruf im Anschlussverkehr</p>		
		<p>siehe 1. bis 3.</p> <p>6. Das Land Berlin verfolgt als Aufgabenträger gemeinsam mit den Bezirken als Straßenbaulastträger, den Infrastrukturunternehmen und den Verkehrsunternehmen das Ziel einer verbesserten Zugänglichkeit des ÖPNV.</p>	<p>Zugang zu Haltestellen und Bahnhöfen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Fußgängerfreundlicher Zugang zu Haltestellen und Bahnhöfen; ▪ Fußgängerfreundliche Straßenraumgestaltung im Haltestellenumfeld ▪ Optimierung des Zugangs zu Haltestellen und Bahnhöfen mit Blick auf kürzestmögliche Zugänge zu Fuß 		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. III. 1.
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	III. Demografie				
Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt				
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
		Siehe 1. bis 3.	<p>Tarife</p> <p>„Es wird gesichert, dass Schüler-, Studenten- und Azubi-Tickets auch weiterhin deutlich gegenüber der normalen Monatskarte rabattiert werden. Angestrebt wird das Gleiche auch für das Sozialticket.“</p>		
Mobilität / Barrierefreiheit	Konsequente Fortsetzung des barrierefreien Bauens mit besonderem Focus auf die Freiraumgestaltung	Aufenthaltsqualität von Plätzen für Frauen und Männer durch Barrierefreiheit erhöhen	Grundlagenerarbeitung zur Benennung von Anforderungen an den öffentlichen Freiraum mit Schwerpunkt zur Platzgestaltung in Ergänzung zum Handbuch „Barrierefreies Planen und Bauen in Berlin“.	VI A 13	31.12. 2008
Demografie-Konzept für Berlin AbtL I	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Strategien zur Bindung der Bevölkerung („Bleibepolitiken“) ▪ Integrations- und Bildungspolitik als Antwort auf die Internationalisierung und soziale Polarisierung ▪ Anpassungsstrategien an die älter werdende Stadtgesellschaft 	<p>Handlungsfelder des Demografiekonzepts:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ „Kreative und wirtschaftlich erfolgreiche Stadt“ ▪ „Jugend, Kinder und Familien in der Stadt“ (z.B. Wohnen in der Innenstadt für Baugruppen) ▪ „Weltoffene und soziale Stadt“ ▪ „Langes Leben in der Stadt“ (z.B. Design for all) 	<p>Ausgestaltung der Handlungsfelder durch die jeweiligen Fachpolitiken unter Berücksichtigung folgender Prinzipien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierung von Stadtgesellschaft und Strukturen - Sozialraumorientierung - Gender Mainstreaming - Aktivierung und Vernetzung <p>Die Ausgestaltung der Fachpolitiken liegt in der Verantwortung der jeweiligen zuständigen Stellen, Abfragen zum Umsetzungsgrad unter Aspekten des GM sind durch Sen WTF bei den Zuständigen durchzuführen.</p> <p>Beabsichtigte Maßnahmen in Verbindung mit dem Demografiekonzept unter Ff von Sen Stadt sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Demografie-Bericht (2012) - Demografie-Konferenz (2012) 	<p>SenStadt I A 2 (Ff)</p> <p>SenWiTechFrau</p> <p>SenBildWiss</p> <p>SenIntArbSoz</p>	<p>Vorlage des Konzepts voraussichtlich 05/2009</p>

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. III. 1.
---	---------------------

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	Datum	Juni 2009
---------------------------------------	-------	-----------

Herausforderung:	III. Demografie
------------------	-----------------

Handlungsfeld:	III. 1. Lebenswerte Stadt – soziale Stadt – mobile Stadt
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitrahmen</i>
Lebenswerte Stadt AbtL II	Gendergerechte Stadtentwicklung	<p>grundsätzlich wird die Verstetigung von Gender Mainstreaming in der Abt. II, Städtebau und Projekte, fortgesetzt.</p> <p>Grundlage ist die Verpflichtung von 2003. Nächste Schwerpunkte sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gendergerechte Wettbewerbe ▪ Gendergerechte Ausschreibungsunterlagen 	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Das städtebauliche Verfahren „Brüderstraße“ vertiefend unter dem Aspekt des Gender Mainstreamings bearbeiten und den Prozess begleiten. ▪ Erstellen eines Handlungsleitfadens, der weiteren Verfahren als Grundlage dient. ▪ Ergebnispräsentation in einem Symposium ▪ In einer Genderschriftenreihe sollen einem breiten Publikum Ergebnisse zugänglich gemacht werden. 	SenStadt II B/ II B12 Frauenbeirat SenStadt	Externe Organisation

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. I. 2.
---	-------------------

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	I. Bildung
------------------	------------

Handlungsfeld:	I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraumen</i>
Erweiterung des Berufswahlspektrums von Mädchen und Jungen	Gewinnung von mehr Unternehmen, die Frauen in naturwissenschaftlichen, technischen und IT- Berufen ausbilden		Aktionen mit Partnern der Landesinitiative in der Berliner Wirtschaft	SenWTF(Abt. II und IV) und Partner der Initiative	laufend
	Erhöhung der Zahl der weiblichen Auszubildenden, die nach der Ausbildung vom Betrieb übernommen werden		Förderung des Kompetenzzentrums für Handwerkerinnen im Berliner Handwerk; Vernetzung von frauengeführten Handwerksbetrieben und Handwerkerinnen mit Berliner Bildungs- und Beratungseinrichtungen und handwerklichen Kompetenzträgern	SenWTF, Abt. IV	
	Ausbau der Kooperationen mit außerschulischen Angeboten zur Stärkung des mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Unterrichts		Unterstützung Netzwerk Bildungsnetz	SenWTF und SenIAS	
Weiterbildung / Lebenslanges Lernen	Erhöhung der Weiterbildungsquote von Frauen in Betrieben in KMU und in der Aufstiegsqualifikation		Nutzung der Landesinitiative und gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Erhöhung des Frauenanteils in der betrieblichen Weiterbildung	SenWTF	
	Sicherstellung einer geschlechtersensiblen Beratung (Zertifizierung)		Fortlaufende Begleitung der öffentlich geförderten zertifizierten Beratungseinrichtungen	SenWTF mit SenIAS	
	Weiterentwicklung von Beratungskonzepten zu Unterstützungsangeboten für lebenslanges Lernen		Konsolidierung der Beratungsstellen insbesondere durch die Entwicklung eines integrierten Dokumentationssystems, Bereitstellung eines Kompetenzbilanzierungsinstruments	SenWTF mit SenIAS und Trägern	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. I. 2.
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		I. Bildung			
Handlungsfeld:		I. 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
			Vertiefende Analyse der Weiterbildungssituation von Frauen; Workshop zur Situation von Berufsrückkehrerinnen		
	Mehr Transparenz über Gestaltung von Übergängen und Quereinstiegsmöglichkeiten in Tätigkeitsfelder unter Verwertung des erworbenen Fach- und Erfahrungswissens		Förderung und Unterstützung eines Kompetenzbilanzierungsinstruments zur Schaffung größerer Transparenz vorhandener Qualifikationen und Kompetenzen	SenWTF	
	Gezielte Förderung der Weiterbildung von gering qualifizierten und älteren Frauen		Angebote im Rahmen des Förderprogramm zur Berufsinformation, -orientierung und -beratung	SenWTF	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. II. 1.
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 1. Wirtschaftspolitik			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
Chancengleichheit von Frauen in der Privatwirtschaft	Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen in privaten Unternehmen		Behandlung der Themen im Rahmen der Landesinitiative zur Chancengleichheit in der Wirtschaft / Förderung von Familienbewusster Personalpolitik / Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie	SenWTF Referate IV B u. II A	Laufend
	Erhöhung des Anteils von Unternehmen, die Mädchen in technischen Berufen ausbilden			Partner der Landesinitiative Chancengleichheit in der Wirtschaft, Partner für Berlin (PfB)	
	Erhöhung des Anteils von Frauen in der betrieblichen Weiterbildung				
	Sicherung und Unterstützung der Rückkehr von Eltern aus der Elternzeit seitens der Unternehmen				
	Erhöhung des Anteils von Vätern, die in privaten Unternehmen Elternzeit nehmen		Veranstaltung „Die neuen Väter- Herausforderungen und Chancen für Unternehmen“	IV B in Koop. U.a. mit IHK, HWK	März 09
	Verbreitung und Etablierung des Konzepts Diversity Management in den Berliner KMU		Veröffentlichung von Best-Practise-Beispielen in Berliner KMU		
Existenzgründungen/ Unternehmerinnen	Erhöhung des Anteils von Frauen an den Existenzgründungen (insbes. Kompetenzfelder)		Berliner Unternehmerinnentag,	SenWTF- Referate IV B, II A ;	2008 ff.
	Erhöhung des Anteils der Existenzgründungen von Migrantinnen		Auslobung „Berliner Unternehmerinnenpreis	IHK; HWK und IBB, bga, ehrenamtliche Expertinnen des Beratungsnetzes	
	Erhöhung des Anteils von Frauen in der Unternehmensnachfolge		Kooperationsbörse anlässlich BUT	IV B	
			Konkrete Förderung von Projekten für Existenzgründungen von Frauen; Förderung von Projekten speziell für Migrantinnen		

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. II. 1.	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 1. Wirtschaftspolitik			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitrahmen</i>
	Verbesserung der Beratungs- und Coachingangebote Unterstützung der Bildung von Netzwerken Sicherung von (kleinen) frauengeführten Unternehmen		Zusammenarbeit mit Berliner Netzwerken („Networking“) und der bundesweiten Gründerinnenagentur Aktionen mit Zentren für Gründerinnen (Weiberwirtschaft, UCW, Hafen Frauenwirtschaftszentrum Neukölln)	IV B	
Prekäre Beschäftigungsverhältnisse	Abbau des Entgeltgefälles durch Einführen eines gesetzlichen Mindestlohns Aufwertung traditioneller Beschäftigungsfelder von Frauen		Vortreiben der Berliner Initiativen zur Einführung eines Mindestlohns Unterstützung konkreter Aktionen zum <ul style="list-style-type: none"> - Mindestlohn und prekärer Beschäftigung - Equal Pay Day Entwicklung von Strategien zur Aufwertung des Berufsbildes Kindertagespflege	SenWTF- II A iVm SenIAS, Externe (BPW) SenWTF mit SenBWF	fortlaufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. II. 2.
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	II. Existenzsichernde Beschäftigung				
Handlungsfeld:	II. 2. Arbeitsmarktpolitik				
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraumen
Qualifizierung	Erhöhung des Qualifikationsniveaus von Frauen sowie von arbeitsmarktlichen Angeboten für formal gering qualifizierte Frauen		Maßnahmen des Förderprogramms zur beruflichen Qualifizierung	SenWTF	laufend
			Auswertung der Studie zur Gleichstellungswirkung des SGB II und Prüfung der Auswirkungen konkret auf Berlin, Verbesserung der Datenlage	SenWTF, RD BInBB,	2009
			Verbesserung der Teilnahmemöglichkeiten an Qualifizierungsmaßnahmen (insbesondere für Alleinerziehende) durch Sicherstellung flexibler Kinderbetreuung	SenWTF, RD BInBB,	laufend
	Erhöhung des Anteils von Qualifizierung insbesondere im Bereich der neuen Technologien, der IuK -Technik und des Managements		Maßnahmen des Förderprogramms zur beruflichen Qualifizierung, hier insbesondere im IT-Bereich; Begleitung des Projekts „TOP-IT mit Frauen“ der Firma Microsoft	SenIAS und SenWTF, Abt IV Microsoft, SIBB e.V.	laufend 2009/ 2010
	Professionalisierungsstrategien / Qualitätssteigerung im Bereich der Dienstleistungen		Verbesserung der Datenlage und Auswertung der Studie zur Beschäftigungssituation im Einzelhandel Ausschreibung von ESF-Mittel mit diesem Schwerpunkt	SenWTF	2009
Beschäftigung	Verbesserung der Beschäftigungssituation von Frauen im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen		Begleitung und Bewertung der Entwicklung im Niedriglohnsektor Unterstützung von Aktivitäten zum Mindestlohn und zur existenzsichernden Beschäftigung	SenWTF	laufend

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. II. 3
---	-------------------

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	II. Existenzsichernde Beschäftigung
------------------	-------------------------------------

Handlungsfeld:	II. 3 Gleichstellung von Frauen im öffentlichen Dienst
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraum</i>
Öffentlicher Dienst	Integration von Gleichstellungsförderung in Personal- und Organisationsentwicklungskonzepten und in Anforderungsprofile für Führungskräfte		Integration von Gender Mainstreaming in die entsprechenden Fortbildungsangebote der Verwaltungsakademie	VAK i.V. mit SenWFT	2009/2010
		Gremien	Sensibilisierung der Akteure/innen – Veranstaltung	SenWTF	
			Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe	SenWTF	
			Herausgabe eines Leitfadens zur geschlechtergerechten Gremienbesetzung	SenWTF	
			(exemplarische) Überprüfung der Rechtsgrundlagen/Praxis für Gremienbesetzungen qua Amt/ Funktion/ Wahl	SenWTF – jeweils zuständige Ressorts	

In diesem Handlungsfeld konnte zur Untersetzung der Zielsetzungen mit Maßnahmen und Aktivitäten insbesondere in den Bereichen der Personal- und Organisationsentwicklung und des Personalmanagements noch keine Klärung mit der Senatsverwaltung für Inneres erzielt werden.

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. II. 4
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		II. Existenzsichernde Beschäftigung			
Handlungsfeld:		II. 4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Verbesserung der Möglichkeiten für existenzsichernde Erwerbstätigkeit für Mütter	Arbeitskreis Flexible Kinderbetreuung	Regelmäßiger Austausch (Schaffung von Netzwerken) mit dem Ziel der Verbesserung der flexiblen Kinderbetreuung	SenWTF, SenBWF, Arbeitsagenturen, Bezirkliche Frauenbeauftragte, Der Paritätische, Träger, Unternehmen	laufend
	Verbesserung der Angebote und der Information zu Vereinbarkeit von Beruf und Pflege	Nutzung der Partner Landesinitiative für Werben bei Unternehmen für Familienbewusste Personalpolitik, punktuelle Aktionen	Veranstaltungen, Beiträge in Kammerzeitschriften, Nutzung von Mailverteilern, Broschüren einschließlich Verteilung,	AnsprechpartnerInnen der Landesinitiative	laufend
			Durchführung eines Audits zu Beruf und Familie unter Berücksichtigung des Gleichstellungsaspektes	SenWTF I A	IV. Quartal 2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 5.(1)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit				
Handlungsfeld:	IV. 5. Gewalt gegen Frauen (1 – häusliche Gewalt gegen Frauen)				
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
Opferschutz	Optimierung der Hilfeangebote für besondere Zielgruppen	Migrantinnen	<p>Verbesserung der Sprachmittlung im Hilfesystem, in Ämtern und Behörden</p> <p>Klarstellung der Härtefallregelung des §31 AufenthG in den VwV des Bundes</p> <p>Ausschöpfung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Rückkehrmöglichkeiten nach Deutschland (z.B. bei Zwangsverheiratung)</p> <p>Erarbeitung eines Beratungsleitfadens zum eigenständigen Aufenthaltsrecht</p>	<p>BIG SenWTF SenIAS SenInnSport (Auslb)</p> <p>SenWTF, SenIAS, BIG</p>	<p>2009/ 2010</p> <p>2008/ 2009</p>
		Frauen mit Behinderungen	<p>Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Hilfe-, Beratungs- und Schutzeinrichtungen</p> <p>Entwicklung besonderer gewaltpräventiver Maßnahmen in Einrichtungen (Pflege)</p>	<p>BIG SenWTF SenIAS</p>	<p>2010/ 2011</p>
		Frauen mit psychischen Erkrankungen	<p>Umsetzung und Weiterentwicklung zielgruppenspezifischer Beratungs- und Schutzangebote</p> <p>Entwicklung von Angeboten für mitbetroffene Kinder</p>	<p>SenWTF SenGUV SenBWF</p> <p>Netzwerk Frauengesundheit Berlin</p>	<p>2011</p>
		Frauen mit Kindern in Zufluchtwohnungen	<p>Prüfung von Möglichkeiten zu spezifischen Angeboten für Kinder in Zufluchtwohnungen zur Bekämpfung von Gewaltfolgen</p>	<p>SenWTF SenBWF ZUFF-Träger BIG</p>	<p>2011</p>
	Sensibilisierung der Fachkräfte aller betr. Einrichtungen und Institutionen	Bereitstellung von Informationsmaterial	<p>Information und Aufklärung über die Situation gewaltbetroffener Frauen (alle Zielgruppen, insbesondere lesbische Frauen)</p>	<p>BIG Lesbenberatung</p>	<p>2011</p>

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 5.(1)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 5. Gewalt gegen Frauen (1 – häusliche Gewalt gegen Frauen)			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit-rahmen
		Weiterführung der Fort- und Weiterbildungen zum Thema Häusliche Gewalt	Überprüfung der Fort- und Weiterbildungskonzepte hinsichtlich ihrer Angemessenheit für unterschiedliche Zielgruppen; Kontinuierliche Fort- und Weiterbildungen für alle Berufsgruppen	Fachkommission Häusliche Gewalt (SenJust, Sen Inn-Sport, SenGUV, SenWTF, NGO'S aus dem Anti-Gewalt-Bereich,	2009/2010 bzw. findet bereits statt
		Integration in Ausbildung	Verankerung des Themas Häusliche Gewalt in die Ausbildungsgänge von Gesundheitsberufen	SIGNAL e.V. Ärztekammer SenGUV	
			Verankerung des Themas H.G. in den Ausbildungsgängen bei der Polizei	SenInnSport, PolPräs	findet statt
			Verankerung des Themas Häusliche Gewalt in die Ausbildungsgänge von Sozialberufen	SIGNAL e.V. SenBWF	
	Umsetzung einer Workplace Policy/ Selbstverpflichtung von Betrieben, Institutionen und Verbänden, gegen häusliche Gewalt vorzugehen	Beschäftigte Frauen in Betrieben, Institutionen und Verbänden,, die im Arbeitsumfeld bedroht werden bzw. durch h. G. eingeschränkt sind	Entwicklung von Vereinbarungen zum Umgang und zum Schutz, betroffener Frauen am Arbeitsplatz Bereitstellung von Informationen für die Beschäftigten Benennung von Ansprechpersonen	LAG SenTWF Terres de Femmes BIG	Umsetzungsphase hat im November 2008 begonnen
Prävention	Stärkung der Prävention in den Bereichen der Jugendhilfe und der Schulen	Ausbau des BIG-Präventionsprojektes	Förderung von Präventionsprojekten an Grund- und Oberschulen Etablierung gewaltpräventiver Unterrichtseinheiten	SenBWF BIG	läuft z. Zt. Bereits

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. IV. 5.(1)
---	-----------------------

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit
------------------	---------------------------

Handlungsfeld:	IV. 5. Gewalt gegen Frauen (1 – häusliche Gewalt gegen Frauen)
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
			Ausschöpfung der SGB VIII-Hilfen für mitbetroffene Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene		an 4 Grundschulen, 2010/ 2011
	Verstärkung der täterorientierten Intervention		Entwicklung der Kooperation beteiligter Institutionen und Einrichtungen zur Etablierung einer erfolgreichen täterorientierten Intervention unter Einbezug von Täterinnen Etablierung der sozialen Trainingskurse für Täter	BIG Fachkommission häusliche Gewalt, SenJust (AA, STA) NGO'S aus dem Anti-Gewaltbereich	bis 2011
	Stärkung der Prävention auf bezirklicher Ebene		Fortführung des bezirklichen Gremiums zur Prävention von häuslicher Gewalt	BIG Bezirke SenWTF Landeskommission Berlin gegen Gewalt	laufend
	Umsetzung einer Workplace Policy	Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Führungskräften in Betrieben, Institutionen und Verbänden, Verbesserung des Arbeitsklima,	Durchführung von hausinternen Informationsveranstaltungen Entwicklung von Orientierungshilfen für Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben, Aufzeigen von Handlungs- und Unterstützungsmöglichkeiten zum Schutz der Betroffenen	LAG der bezirklichen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten SenWTF Terres de Femmes BIG	Umsetzungsphase hat im November 2008 begonnen
Gesundheitliche Folgen von Gewalt	Sensibilisierung und Fortbildung der Angehörigen des Gesund-	Umsetzung des Projekts „Medizi-	Förderung der SIGNAL-Koordinierungs- und Interventionsstelle	SIGNAL. e.V. SenGUV	bis 2011

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. IV. 5.(1)
---	-----------------------

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit
------------------	---------------------------

Handlungsfeld:	IV. 5. Gewalt gegen Frauen (1 – häusliche Gewalt gegen Frauen)
----------------	--

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
	heitssysteme zu gesundheitlichen Folgen und spezifischen Erkrankungen	nische Intervention gegen Gewalt – MIGG“	Einbindung der niedergelassenen Versorgung entsprechend dem SIGNAL- Interventionsprogramm (u. a. Förderung der Verbreitung des Dokumentationsbogens zu häuslicher Gewalt) Verankerung der Ergebnisse des Projektes MIGG	Fachkommission Häusliche Gewalt Ärztekammer	
		Integration des Themas in die ärztliche Aus-, Fort- und Weiterbildung	regelmäßige zertifizierte Fortbildungsangebote für Ärztinnen und Ärzte in Kooperation mit den entsprechenden Bildungseinrichtungen	SIGNAL. e.V. Sen GUV Fachkommission Häusliche Gewalt Ärztekammer	bis 2011
		Fortbildungen zum Thema Häusliche Gewalt und Intervention	SIGNAL-Schulungen und Training für Pflegekräfte und Hebammen	SIGNAL. e.V. Sen GUV Fachkommission Häusliche Gewalt Ärztekammer	bis 2011
	Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Hilfe- und Beratungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen	Patientinnenaufklärung Weiterer Ausbau der Gesundheitseinrichtungen zur Schnittstelle zwischen Patientin und Hilfesystem	Erstellung von Materialien zur Patientinnenaufklärung für Gesundheitseinrichtungen im Rahmen der SIGNAL-Intervention Ausweitung der Interventionsmaßnahmen in der Gesundheitsversorgung	SIGNAL e.V. SenWTF Sen GUV	bis 2011

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 5.(1)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 5. Gewalt gegen Frauen (1 – häusliche Gewalt gegen Frauen)			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeit- rahmen
	Verbesserung der Angebote im stationären und ambulanten Bereich für psychisch kranke, gewaltbetroffene Frauen	Implementierung der SIGNAL-Intervention in psychiatrischen Versorgungseinrichtungen	Initiierung und Begleitung von Interventionen in psychiatrischen Einrichtungen Ausbau frauenspezifischer Leistungen im klinischen Bereich	SIGNAL e.V. Sen GUV	
Öffentlichkeitsarbeit	Erreichung aller Zielgruppen		Überprüfung bestehender Informationen hinsichtlich ihrer Angemessenheit für die unterschiedlichen Zielgruppen Erstellung von ergänzenden Materialien	BIG SenWTF Fachkommission häusliche Gewalt NGO	2010

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 5.(2)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 5. Gewalt gegen Frauen (2 – sexuelle Gewalt gegen Frauen)			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Opferschutz	<p>Verbesserung der Beratungs- und Unterstützungsangebote</p> <p>Verbesserung der Langzeitbetreuung</p> <p>Weitere Sensibilisierung und Fortbildung der Fachkräfte in allen betroffenen Einrichtungen und Institutionen</p>	<p>Unter Einbeziehung der Situation von:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Migrantinnen, ▪ Frauen mit Behinderungen ▪ Psychisch kranken Frauen ▪ Älteren Frauen ▪ Prostituierten 	<p>Fortführung der ressortübergreifenden AG zu sexualisierter Gewalt</p> <p>Prüfung der bestehenden Kooperationsbündnisse sexuelle Gewalt/häusliche Gewalt (Stichwort: multiples Gewalterleben),</p>	<p>SenWTF SenJust SenGUV SenIAS SenInn Sport PolPräs Berlin LARA Krisen- und Beratungszentrum</p> <p>Wildwasser</p>	2009 - 2010
			Prüfung der Aufnahme des Themas in Aus- und Fortbildung im Bildungs-, Gesundheits- und Justizbereich,		2011
			Überprüfung und Aktualisierung von Leitlinien und Handlungsleitfäden zum Umgang mit sexualisierter Gewalt in allen mit dem Thema befassten Einrichtungen und Institutionen,		2010
			Auswertung der gesetzlichen Lage in Österreich zur gesetzlich verankerten sozialpädagogische Prozessbegleitung		2011
			<p>Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Hilfe-, Beratungs- und Schutzrichtungen (barrierefrei, kultursensibel),</p> <p>Ausbau eines niedrigschwelligen Angebots (Frauencafe)</p>		2010

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 1. IV. 5.(2)	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 5. Gewalt gegen Frauen (2 – sexuelle Gewalt gegen Frauen)			
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeit-rahmen</i>
			Prüfung der Implementierung weiterer spezieller Therapienangebote für traumatisierte Opfer in bestehenden Versorgungssystemen		
Prävention	Stärkung der Prävention durch verbesserte Aufklärung und Information Verbesserung der Rückfallabschätzung	Präventionsangebote an Schulen,	Entwicklung gewaltpräventiver Unterrichtseinheiten für alle Schultypen (auch Sonderschulen), Durchführung von Selbstbehauptungskursen nach § 44 I Nr. 3 SGB IX für behinderte Mädchen, Chat-Beratung weiterentwickeln	SenBWF SenInnSport NGO's (AG sex. Gewalt)	
	Sensibilisierung der Fachkräfte aller betr. Einrichtungen und Institutionen	Bereitstellung von Informationsmaterial	Durchführung von gezielten Fortbildungen im Gesundheitssystem und im Jugendhilfebereich, Prüfung der Anbindung an BIG-Präventionsprojekt	SenInnSport	
Gesundheitliche Folgen von Gewalt	Sensibilisierung und Fortbildung der Angehörigen des Gesundheitssystems zu gesundheitlichen Folgen und spezifischen Erkrankungen von sexualisierter Gewalt Integration des Themas in die ärztliche Aus-, Fort- und Weiterbildung		Entwicklung eines Dokumentationsbogens zu sexualisierter Gewalt,	Sen GUV (Abtl IV) SenWTF Netzwerk Frauengesundheit Berlin SIGNAL Ärzttekammer Pflege-schulen	2010
			Entwicklung von Angeboten für gezielte Fortbildungen des Personals in Krankenhäusern, Pflegeschulen, für niedergelassene ÄrztInnen, Hebammen		2011
			Prüfung, wie das Thema Eingang in die ärztliche Aus-, Fort, und Weiterbildung finden kann.		2011

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 5.(2)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit				
Handlungsfeld:	IV. 5. Gewalt gegen Frauen (2 – sexuelle Gewalt gegen Frauen)				
<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitrahmen</i>
Strafverfolgung	Sicherung einer regelmäßigen rechtsverwertbaren, für Patientinnen kostenfreien Dokumentation der Spuren		Prüfung der Möglichkeiten zur ärztlichen Sicherstellung von Spuren in anonymisierter Form	SenGUV	2009/ 2010
Öffentlichkeits-Arbeit	Erreichung aller Zielgruppen		Überprüfung bestehender Informationen hinsichtlich ihrer Angemessenheit für die unterschiedlichen Zielgruppen, Erstellung von ergänzenden, kultursensiblen und barrierefreien Materialien,	BIG SenWTF Fachkommission häusliche Gewalt	2010
	Weitere Enttabuisierung		Auswertung der Veranstaltungsreihe zu sexueller Gewalt Entwicklung geeigneter Materialien (neue Medien mit einbeziehen/ Stichwort Handyslapping)		2009/ 2010

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 1. IV. 5.(3)
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juni 2009	
Herausforderung:		IV. Soziale Gerechtigkeit			
Handlungsfeld:		IV. 5. Gewalt gegen Frauen (3 – Menschenhandel, Prostitution)			
Handlungsfeld	Zielsetzung	Teilziele	Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitrahmen
Menschenhandel					
Opferschutz	Verbesserung der aufenthaltsrechtlichen Situation und der leistungsrechtlichen Regelungen		Hinweise zur Nutzung von Ermessensspielräumen in den VwV zum AufenthG	SenInn, SenWTF, SenIAS, NGO	2009
			Prüfung der Möglichkeiten einer leistungsrechtlichen Besserstellung von InhaberInnen einer AE nach § 25, Abs. 4a AufenthG	SenIAS, LAGeSo, NOG	evtl. Unter-AG der Fachkommission Frauenhandel
			Prüfen, ob OEG im Hinblick auf Opfer des MH ausreichend ist	SenWTF, SenIAS, LAGeSo, NGO	evtl. Unter-AG der Fachkommission Frauenhandel
	Weitere Sensibilisierung und Fortbildung der Fachkräfte in allen betroffenen Einrichtungen und Institutionen		Fortbildungen für den Bereich der Polizei einschl. AGA und Ausländerbehörde zu Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft	LKA, NGO, ExpertInnen	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011	A 1. IV. 5.(3)
---	-----------------------

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen	Datum	Juni 2009
---	-------	-----------

Herausforderung:	IV. Soziale Gerechtigkeit
------------------	---------------------------

Handlungsfeld:	IV. 5. Gewalt gegen Frauen (3 – Menschenhandel, Prostitution)
----------------	---

<i>Handlungsfeld</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraum</i>
Strafverfolgung	Vertiefung der Kooperation und Schaffung von effizienten Strukturen und Abläufen		Fortbildungen für den Justizbereich zu Menschenhandel sowohl zum Zweck der sexuellen Ausbeutung als auch zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft	SenJust, NGO	2009 - 2011
			Prüfung, ob Sonderabteilung bei StA sinnvoll ist	SenJust	2009
Prostitution					
Soziale und rechtliche Rahmenbedingungen der Prostitution	Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten		Prüfung der Möglichkeiten einer rechtlichen Regulierung von Prostitutionsstätten zur Schaffung von mehr Transparenz und Sicherheit	SenWTF, bezirk. Beratungsstellen, NGO	2009
	Erleichterung des Ausstiegs aus der Prostitution		Verstärkung entspr. Beratungsangebote, Vernetzung von Beratungsstellen mit Jobcentern	Jobcenter, NGO SenWTF	2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 1.
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen				Datum	Juli 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten				
Handlungsorientierung	Externes Verwaltungshandeln				
Instrument	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Be- teiligte	Zeit- rahmen
Integration von GM in Zuge fachlicher Kooperationen	Transfer von Genderkompetenz und Prinzipien des GM in der Zusammenarbeit mit Kooperati- onspartnern		Zusammenarbeit der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit mit NGO und Schulen im Bereich Globales Lernen - Erhöhung der Anzahl der Referentinnen an Veranstaltungen - Erhöhung des Anteils genderspezifischer Themen	SenWTF II C	
			Industriedialog - Berücksichtigung von genderpolitischen Aspekten (z.B. Herausstel- lung von Unternehmen, die das Gender Thema positiv bearbeiten) in den einzelnen Bausteinen.	SenWTF II B	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 2. 2.	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juli 2009	
Bezeichnung		Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten			
Handlungsorientierung		Internes Verwaltungshandeln			
Instrument	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraum
Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung	Gendergerechtes Personalentwicklungskonzept		Die Daten des Personalentwicklungskonzeptes unseres Hauses werden zukünftig geschlechtsspezifisch ausgewiesen	SenWTF I A	
	Gender-Informationen für neue Dienstkräfte		Einführung eines Email-Informationsverfahrens, das auch aktuelle Gender Mainstreaming-Informationen für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter enthält	Sen WTF I A	III. Quartal 2009
Gender Mainstreaming im betrieblichen Gesundheitsmanagement	Geschlechtersensible Gestaltung des betrieblichen Gesundheitsmanagements		Beschäftigtenbefragung zur betrieblichen Gesundheitsförderung im Kontext zu § 6 VGG in Zusammenarbeit mit SenInn, aus der weitere Erkenntnisse zur Gleichstellung gewonnen werden sollen	Sen WTF I A	
	Analyse der Personalentwicklungsinstrumente nach Gender-Gesichtspunkten	Erhebung und Auswertung genderbezogener Daten	<p>Beurteilungswesen – geschlechtergerechte Beurteilung von Frauen und Männern – auch in einzelnen Anforderungen?</p> <p>Fortbildung – Nutzung von Fortbildungsangeboten durch Frauen und Männer</p> <p>Anforderungsprofil – Gemeinsamkeiten und Unterschiede der am häufigsten beobachtbaren Merkmale bei den mit Frauen besetzten Aufgabengebieten zu den mit Männern besetzten Aufgabengebieten</p> <p>Gesundheitsmanagement – Werden die Angebote von Frauen und Männern gleichermaßen genutzt? – erste Erkenntnisse liegen bereits vor;</p>	Sen WTF I A	III. Quartal 2009
Gender Mainstreaming in Veranstaltungsmanagement und Öffentlichkeitsarbeit	Durchführung von Veranstaltungen nach dem Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit		<p>Dialogveranstaltung Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Bereich Wissenschaft und Forschung als Beitrag zur Umsetzung der UN Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung</p> <ul style="list-style-type: none"> - Umsetzung der Planungsvorhaben in Bezug auf Gewinnung von Referentinnen und Rednerinnen für das Podium - Verhältnis weiblicher und männlicher TN an Veranstaltung ausgleichen <p>Im weiteren Verlauf</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausrichtung zukünftiger Bester Praktiken 	SenWTF II C	2009

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 2.
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juli 2009	
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
Instrument	Zielsetzung	Teilziele	Projekt/ Maßnahme / Aktivität	Verantwortlich/ Beteiligte	Zeitraum
			- GM als ein Auswahlkriterium unter anderen für die Verankerung im Aktionsplan verankern		
			Öffentlichkeitsarbeit Entwicklungszusammenarbeit - Erhöhung der Anzahl der Referentinnen an Veranstaltungen - Erhöhung der Anzahl von Teilnehmerinnen an Tagungen - Erhöhung der Anzahl der Veranstaltungen, die „genderfähig“ sind	SenWTF II C	fortlaufend
			Durchführung der jährlichen Wirtschaftskonferenz - Erhöhung der Anzahl und des Anteils von Teilnehmerinnen an Konferenz sowohl der Besucherinnen als auch der Podiumsgäste - Adressierung von Genderthemen	SenWTF II A	2009 ff
			Durchführung der deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) - Erhöhung des Anteils von Frauen an den Besucher/-innen, Ausstellenden, Referent/-innen - Verstärkung des Angebots an frauenspezifischen Themen und Workshops	SenWTF II A	
			Innovationspreis Berlin-Brandenburg - Erhöhung der Anzahl der Bewerbungen zum Wettbewerb - Erhöhung der Anzahl der Preisträger/innen	SenWTF II D	2009ff
			Qualitätspreis Berlin – Brandenburg - Überarbeitung der Orientierungspunkte für die am EFQM – Modell orientierte Preiskonstruktion Gender – Gesichtspunkten.	SenWTF III B	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011					A 2. 2.
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen				Datum	Juli 2009
Bezeichnung	Umsetzung und Optimierung von Gender Mainstreaming Instrumenten				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Projekt/ Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Be- teiligte</i>	<i>Zeit- rahmen</i>
Erhebung gender-sensitiver Daten	Evaluation des Programms Neue Märkte erschließen (NME) nach Kriterien der Geschlechtergerechtigkeit.		- Erhebung der erforderlichen Daten durch die IBB	SenWTF II C	2009/ 2010
Geschlechtersensible Berichterstattung	Entwicklung genderpolitischer Maßnahmen für das Politikfeld der Kulturwirtschaft		Kulturwirtschaftsbericht 2008 - Adressierung von Genderthemen - Ableitung genderpolitischer Maßnahmen - Grundlage für die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe	SenWTF II B	

Masterplan zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm 2008-2011				A 2.3.	
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen			Datum	Juli 2009	
Bezeichnung	Weiterentwicklung von Gender Budgeting				
Handlungsorientierung	Internes Verwaltungshandeln				
<i>Instrument</i>	<i>Zielsetzung</i>	<i>Teilziele</i>	<i>Projekt/ Maßnahme / Aktivität</i>	<i>Verantwortlich/ Beteiligte</i>	<i>Zeitraumen</i>
Gender Budgeting	Geschlechtsbezogene Analyse der Personalausgaben		Gender Budgeting Analyse der Personalausgaben wurde bereits durchgeführt, erste Ergebnisse liegen vor,	SenWTF I A	durchgeführt